

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

97 (25.4.1912) Erstes Blatt

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
 Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger ausgehelt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Filialen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
 Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
 Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
 Postfach-Conto Nr. 2850

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseratenannahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
 Buchdruckerei G e d & C o., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortl.:
 Karl Ziegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Die Klassenherrschaft auf der Titanic.

Aus London wird uns geschrieben: Nun, da sich die allgemeine Erschütterung über die furchtbare Seefahrtstrophe etwas zu legen beginnt, hat man auch Zeit gewonnen, den Ursachen und den eigenartigen Begleiterscheinungen des Unglücks einige Aufmerksamkeit zu schenken. Erst die amtlichen Untersuchungen werden über alle Einzelheiten Klarheit schaffen können, aber auch jetzt ist schon genug bekannt, um das Verdammungsurteil über kapitalistische Profit- und Konkurrenzgier und über die schreienden sozialen Klassengegenstände auszusprechen.

Es ist das kapitalistische System, das, wie so viel früheres Menschenmüll, so auch diese schwere Katastrophe auf dem Gewissen hat. Es ist nicht mehr zweifelhaft, daß es zwei Umstände waren, die erst das Unglück selber und dann den großen Menschenverlust verursacht haben. Ohne die wahnsinnige Sucht nach Rekordbrecherei wäre die „Titanic“ niemals in die Nähe der Eisberge gekommen, denn die etwa ein bis zwei Tage längere südliche Route ist vor solchen Gefahren vollkommen sicher. Angesichts dieser Tatsache ist die Frage von nebensächlicher Bedeutung, ob eine vorsichtiger, langsamere Fahrt selbst auf der nördlichen Route der Eisbergregionen den Zusammenstoß hätte vermeiden können, eine Frage, die noch nicht aufgeklärt ist. Der Beweggrund für die Rekordfahrt ist ja klar: Zeit ist Geld, je früher die Fahrt, um so größer der Profit; und dann muß man ja auch um jeden Preis den Konkurrenten überbieten.

Unzweifelhaft erscheint auch, daß die Ursache für den großen Menschenverlust in der ungenügenden Zahl der Rettungsboote zu suchen ist. Wären genügend Rettungsboote vorhanden gewesen, dann hätte keine einzige Seele ungenommen brauchen. Die „Titanic“ führte im ganzen 20 Rettungsboote mit sich, die im ganzen 1078 Personen zu fassen vermögen. Auf dem Dampfer befanden sich aber zur Zeit des Zusammenstoßes 2340 Personen, also mehr als die doppelte Zahl, die bei ihrem Untergang unter allen Umständen hätten gerettet werden können und ihre geistlich zulässige Tragfähigkeit ist sogar 3547 Personen, also weit über die dreifache Fassungsvermögen der Rettungsboote! Und da heißt es noch, daß die Zahl der von der „Titanic“ mitgeführten Boote das gesetzlich erforderliche Maß überschritten habe! Der Handelsminister Buxton wäscht seine Hände in Unschuld, denn im April vorigen Jahres ist eine Schiffsverkehrs-Kommission eingesetzt worden, um neue Rettungsmaßnahmen zu empfehlen und die Regierung hat noch nichts tun können, um die in 1894 festgesetzten Regeln zu verbessern, weil sie der Bericht dieser Kommission nicht befriedigt habe. Dazu hatte sie allerdings sehr guten Grund. Lautet doch ein Vorschlag jener famosen Kommission dahin, daß Schiffe, die in wasserdichte Räume eingeteilt sind und einen drahtlosen Apparat mit sich führen, von der Verpflichtung, mehr Rettungsboote als bisher erforderlich, mit sich führen sollen, zu befreien seien! Man begreift diesen Bericht, wenn man hört, daß von den zehn Mitgliedern der Kommission nicht weniger als fünf Präsidenten und Direktoren von Schiffsfahrts- und Schiffsbauergesellschaften waren und daß ihr nur ein einziger Arbeitervertreter, der Seemannsführer Gabelock Wilson, angehörte.

Aber es ist noch sehr fraglich, ob auch dieser furchtbare Preis eine baldige Besserung herbeiführen wird. Die Regierung will von „Rahmregeln“ nichts wissen, und sie wird darin von dem Führer der „Opposition“ unterstützt. Freilich, eine Vermehrung der Rettungsboote würde den Schiffahrtsgesellschaften viel Geld kosten und ihnen auch sonst stark gegen den Strich gehen, und diese Herren stellen eine gewaltige politische Macht in England dar, vor allem haben sie jede liberale Regierung in der Tasche.

Nicht minder empörend ist, was sich auf dem Unglücksdampfer selber in der Stunde der Katastrophe zugetragen hat. Der Vorstand der Dockarbeitergewerkschaft hat schon am Mittwoch eine scharfe Protestresolution veröffentlicht, in der er u. a. auch gegen den „schamhaften Klassengegenstoß“ protestiert, der sich in dem praktischen Verbot, Passagiere dritter Klasse zu retten, geäußert habe. Darob namenlos Entzündung in der bürgerlichen Presse. Allein, die jetzt so gut wie endgültig feststehenden Zahlen der Geretteten reden ihre eigene Sprache. Die „Titanic“ zählte im ganzen 2340 Personen. Davon sind gerettet worden

| | Gesamtzahl | Gerettet | Prozent |
|---------------|------------|----------|---------|
| Erste Klasse | 330 | 210 | 63 |
| Zweite Klasse | 320 | 125 | 38 |
| Dritte Klasse | 750 | 200 | 27 |
| Befehlsleute | 940 | 210 | 22 |

Die Möglichkeit der Rettung steigt und sinkt genau nach der sozialen Stufenleiter der Gestrandeten. Selbst im Angesicht des Todes hat der Klassenkampf nicht aufgehört, selbst in der Stunde der größten gemeinsamen Gefahr wird das Menschenleben nach dem Dollarwert seines Trägers bewertet! Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Passagiere erster und zweiter Kajüte zu allererst in Sicherheit gebracht worden sind und daß man erst dann an den Pöbel im Zwischendeck dachte, von der Befahrung ganz zu schweigen. Diesen Tatsachen gegenüber sind die melodramatischen Schilderungen von Manneszucht und britischem Heldentum geradezu ekel-erregend. Als ob es eines Heldentums bedürfte, um hilflosen Frauen und Kindern den Vorrang zu lassen, ob nicht jeder normale Mann so handeln würde! Nicht auf das Verhältnis der Geschlechter und des Alters kommt es hier an, sondern auf das der drei Klassen. Und da zeigt es sich, daß die ersten Boote der ersten und zweiten Klasse und nur die letzten Boote des Zwischendeckspassagieren zur Verfügung gestellt wurden. Das ist um so empörender, weil das Verhältnis, wenn Klassenunterschiede schon in Geltung kommen sollen, gerade umgekehrt sein müßte. Es sind die Passagiere erster und allensfalls noch zweiter Klasse, die die Rekordbrecherei ermutigen, zum Teil aus eitlem Sport, zum Teil im Interesse großer Geschäfte. Dem Zwischendeckspassagier, der über den Ocean fährt, um der wirtschaftlichen oder auch politischen Not in der Heimat zu entziehen und sich eine neue Existenz zu suchen, kommt es auf den einen Tag oder zwei Tage sicherlich nicht an.

Ferner werden die Rettungsboote vielfach deshalb nicht geföhrt, weil man an Raum sparen will, den Raum, den die Passagiere erster Klasse für Tennisplätze, Schwimmbäder und sonstigen Luxus brauchen! Weshalb sollen auch da gerade die Proletarier büßen?

Was soll man noch über das Schicksal der Befahrung sagen? Hätte man man sie nicht gebraucht, um die Rettungsboote zu führen, so wären sicher nicht einmal die 22 Prozent gerettet worden. Den Umgekommenen wird jetzt nachgelagt, sie hätten die besten Traditionen der See gelassen und sich wie Helden benommen. Gewiß. Ihr Lebenslang Seloten, im Tode Heroen, geopfert im Interesse luxuriöser Reichen den Profitinteressen des sie ausbeutenden Kapitals!

Der Kanonenblock.

Die Wehrvorlage wird eingebracht von einer Regierung, die in allen prinzipiellen Fragen im schärfsten Gegensatz zum Liberalismus steht. Für die gewaltige Vermehrung der Ausgaben wird nach alleseitigem Zugeständnis eine völlig unzureichende Begründung beigebracht. Der Reichskanzler selbst gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß kein Staat daran denke, Deutschland mit Krieg zu überziehen. Es liegt auf der Hand, daß die Verstärkung des Heeres und der Flotte im Ausland Verdacht erregen muß und somit der Sache des Weltfriedens einen schädlichen Dienst erweist. Die Frage der Dedung soll in einer Weise gelöst werden, die nicht nur den Grundsätzen einer soliden Finanzgebarung, sondern auch dem von den Liberalen aufgestellten Programm zuwiderläuft. — Trotz alledem und allem sind beide Spielarten des Liberalismus, der entschiedene so gut wie der gemäßigtere, bereit, den Heerengen und Lirpke alles zu bewilligen, was sie verlangen und aus Herrn Bassermanns Reichstagsrede klingt sogar das Bedauern heraus, daß nicht noch mehr gefordert werde: der nationalliberale Führer gibt dem Kriegsminister einige Fingerzeige für die nächste „Reform“.

Zum wenigsten auf diesem Gebiet hat die Regierung ihr Ziel, einen Block sämtlicher bürgerlichen Parteien herzustellen, vollkommen erreicht. Von Seydewitz bis Fischbeck sind sie vollkommen einig. Alle trafen sie von vaterländischer Begeisterung. Der Kanonenblock hat sich konstituiert.

Warum geht man nun mit den Vorlagen eigentlich noch in die Kommission? Höchstens von den Ueberpatrioten läßt es sich verstehen. Die wollen ja die Regierung scharf machen, sich selbst zu überbieten. Die Liberalen aber hätten als ehrliche Leute sagen sollen: wir sind mit allem einverstanden und können auf die Ausschüßberatungen verzichten. Die Kommission ist ihnen nur eine Kulisse. Wenn sie wieder aus ihr hervortreten, werden sie ihr Gesicht in jeder Weise Falten legen, und so tun, als ob die vertraulichen Mitteilungen, die sie von den Regierungs-

*) Die White Star Line gibt offiziell die Zahl der Umgekommenen auf 1442 an, verteilt wie folgt: 1. Kajüte 124, 2. Kajüte 196, Zwischendeck 518, Besatzung 596, Ruff 8. Gerettet: 1. Kajüte 202, 2. Kajüte 115, Zwischendeck 178, Besatzung 210. Diese Zahlen ändern an der Tendenz unseres Artikels, daß man an die Zwischendeckspassagiere zuletzt gedacht hat, nicht das mindeste.

vertretern erhalten haben, eine Ablehnung der Vorlagen unmöglich gemacht hätte. Sie sind dann die Leute mit der großen Verantwortung geworden, die aus nationalen Gründen alle Bedenken zurückstellen müssen. Sie werden ja auch dann noch ein Langes und Breites reden, aber alle ihre schönen Worte werden nur den Zweck haben, ihre Rückgratlosigkeit zu verbergen.

Es ist ja noch ein Glück für diese Oppositionshelden, daß sie die Dedungsfrage haben und Herr Bassermann so gut wie der so bedeutende Herr Müller-Meinungen taten ja am Dienstag ihr möglichstes; um auf sie die Hauptaufmerksamkeit zu lenken. Die Dedungsfrage wird den Liberalen Dedung gewährt und den ehemaligen Staatssekretär Vermuth sollten sie zum Parteibeiliegen ernennen, weil er ihnen die bequeme Gelegenheit geboten hat, gegen die Regierung Attake zu reiten. Aber was will die Bassermannsche Kritik und was wollen die sorgfältig nach den Noten gebläsenen Müller-Meinungenischen Fanfare besagen? Der andere hört von allem nur das — Ja.

Mit Recht hat der nationalliberale Redner dem Reichskanzler vorgehalten, daß er besser daran getan hätte, die Junker zu beschwören, mit Rücksicht auf das Gesamtwohl der Erbschaftsteuer zuzustimmen, als die Rinde zu ermahnen, diesen zurzeit undurchführbaren Gedanken aufzugeben. Doch als guter Nationalliberaler bleibt Herr Bassermann wieder auf halbem Wege stehen. Wenn er und seine Freunde auch nur einigermaßen folgerichtig handeln wollten, und wenn sie auch nur ein Quäntchen Machtwillen besäßen, dann müßten sie jetzt die Aufbringung der Kosten in den Mittelpunkt stellen und ihre Zustimmung zu den Wehrvorlagen von einer Regelung der Dedungsfrage nach ihren Wünschen abhängig machen. Da sie, und nicht nur sie, sondern auch die nationalliberalisierten Freisinnigen darauf verzichteten, ist all das liberale Geschrei über die Kapitalulation der Regierung vor dem Zentrum und seinen Verbündeten nicht einen Pfennig wert.

Bogen dessen, was in Zukunft möglicherweise geschehen kann, läßt sich Herr v. Bethmann-Hollweg seine grauen Haare waschen. Es geht ihm jetzt einzig darum, die Seeres- und Flottenvermehrung möglichst glatt und mit einer möglichst großen Mehrheit durchzubringen. Das empfiehlt, und wenn die Empfehlung auch nicht stark genug sein sollte, seine unsichere Position zu befestigen, so sichert sie ihm zum mindesten einen schönen Abgang. Sein Nachfolger aber kann getrost auf seinen Bahnen wandeln. Die Reaktion hat nichts zu befürchten, denn in jenem entscheidenden Moment hat der Liberalismus aufs neue bewiesen, daß sein bißchen Widerstandskraft jederzeit durch die nationale Zauberformel gebrochen werden kann.

Deutsche Politik.

Wahlprüfungskommission. Das Mandat des Antisemiten Bruhn wurde gegen 4 Stimmen für gültig erklärt. Nach den getroffenen Feststellungen waren dem konserativen Kandidaten v. Schudmann 807 Stimmen abzugeben. Die Mehrheit der Kommission lehnte es aber ab, die kasstrierten Stimmen den unterlegenen Kandidaten zuzugestehen. In diesem Falle hätte eine Stichwahl stattfinden müssen zwischen dem Gouverneur v. Schudmann und dem Sozialdemokraten. Diese Konsequenz herbeizuföhren, lehnte die Mehrheit der Kommission ab, die Folge war, daß das Mandat des „Wahrheits“-Bruhn für gültig erklärt wurde.

Badischer Landtag.

52. Sitzung der 2. Kammer.

Bei der gestrigen Fortsetzung der Debatte über das Budget des Ministeriums des Innern nahm nochmals Minister v. Bodman das Wort, um sich zu den Vorgängen beim Pforsheimer Streik zu äußern. Herr v. Bodman befeiligte sich dabei strengster Objektivität. Er verteidigte die von ihm veranlaßten Polizeimaßnahmen und sagte aber auch den Pforsheimer Scharfmachern einige sehr bittere Wahrheiten. Vor allem bedauerte er, daß die Arbeitgeber beim Pforsheimer Streik jede Unterhandlung abgelehnt haben. Herr v. Bodman hob auch mit Recht hervor, daß die Aussperrung der Arbeitswilligen nicht auf die Belästigung derselben, sondern auf andere Gründe zurückzuführen sei. Diese Ausführungen des Ministers standen in einem wohlthuenden Gegensatz zu denjenigen des fortschrittlichen Abgeordneten Odewald. Auf ein jämmerliches Niveau drückte der Abg. Schmidt Bretten die Debatte herunter, indem er kleinlichen Bierbankflatsch kolportierte.

Seine Jungfernfrede hielt der Abg. Sinz. Er plädierte dafür, daß die Bezirksamtänner nicht mehr die Vorstandsstellen in den landwirtschaftlichen Bezirksvereinen besetzen und daß die Gemeinden nicht allzusehr bevormundet werden. Sehr zutreffend war seine Kritik

an der Auswahl der Bezirksräte. Im weiteren Verlauf seiner Rede beschäftigte sich Herr Hinf sehr ausführlich mit den Tierärzten, der Maul- und Klauenseuche u. a. m. Da er sich allmählich auf alle möglichen Gebiete verlor, mußte er vom Präsidenten wiederholt zur Sache gerufen werden. Das Haus schenkte ihm zum Schluß kaum mehr Gehör. Abg. Gen. W i l l fand sofort wieder die Aufmerksamkeit des Hauses, als er den rückwärtlichen Ansichten des fortwährenden Abg. Odenwald über den Vorsteherstreik das Urteil des Ministers über das Verhalten der Arbeitgeber entgegenhielt. Besonders betonte er noch, daß es an den Arbeitern nie liege, wenn Streitigkeiten nicht friedlich beigelegt werden. Scharf wendet er sich gegen den Militärbefehl. Diese veraltete Waffe gehöre in die Kasten der Vorsteher. Warme Worte fand er für den Ausbau der Wohnungsinspektion. Zum Schluß verlangte er im Gegensatz zu den Ausführungen des Abg. Köhler die Beibehaltung der Klassenwahl in den Gemeinden.

Als letzter sprach der Abg. K o g e r, der die Wünsche der Stadt Badenweiler vertrat. Wie der Präsident am Schluß der Sitzung mitteilte, stehen noch 21 Redner auf der Rednerliste. Da die Regierung immer ausführlich auf die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden zu antworten pflegt, so ist ein Ende der Debatte, wenn nicht die Parteien sich einigen auf eine Beschränkung der Rednerzahl, noch nicht abzusehen.

© Karlsruhe, den 24. April. Präsident Mohrhuber eröffnete 1/2 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister Frhr. v. Bodman und Regierungskommissäre.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern.

Sekretär Abg. Odenwald (F. B.) verliest die neuen Eingaben. Es waren Petitionen eingelaufen des Vereins badischer und württembergischer Brannweineinbrenner um Schutz gegen ihnen durch die Beseitigung der Brannweineinbrennerentgeltung drohenden Schaden; der Eisenbahnarbeiter in Waldmühl im Einreichung in die Ortsgruppe 3 bezw. 2a; der Arbeiterchaft von Schlebach zur Unterstützung der Petition des Gemeinderats Schlebach wegen Errichtung einer Haltestelle bei Station 5 der Schwarzalbbahn.

Der Präsident machte geschäftliche Mitteilungen. Die Angehörigen des verstorbenen Abg. Dr. Heimburger danken für die wohltuende Teilnahme an ihrem Leid. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Schmidt-Dretzen (Lins.): Was der Herr Minister über die Bürgerauschusswahl in Kleinsteinhof sagte, ist nicht einwandfrei. Das religiöse Empfinden eines Teiles des evangelischen Volkes ist durch dieses Vorkommnis auf das erhebliche verletzt worden. Für die Anstalt Hellingen ist eine Mehrforderung vorgesehen. Diese Anstalt macht keine Freude. Wie ich erfahren habe, ist in dieser Zwangserschließungsanstalt eine große Unachtsamkeit eingerissen, weil den Aufsehern verboten ist, eine Züchtigung vorzunehmen, ehe der Bezirksarzt eine Untersuchung des zu züchtigenden Bögling vorgenommen hat. Wie die Verhältnisse in der Anstalt geblieben sind, geht daraus hervor, daß sich unter den Böglingen ein sozialdemokratischer Verein gebildet hat. (Weiterkeit.)

Minister Frhr. v. Bodman: Zunächst muß ich zurückkommen auf eine Äußerung vorgetragene Bezug bezog sich darauf, daß die Gebühren der Bezirkshausärzte so lange nicht ausbezahlt werden. Die Gebäudeversicherungsanstalt hat ein Verzeichnis vorgelegt, nach welchem im Bezirk Baden die Auszahlungen in Fristen von 1 Tag bis 4 Wochen erfolgten. Der Abg. Ged hat darüber geflagt, daß badische Beamten, die nicht auf badiischem Boden wohnen, sondern in Basel, kein Wahlrecht haben. Er wünschte, daß diese Beamten das Wahlrecht erhalten. Die Erfüllung dieses Wunsches, den ich für berechtigt halte, ist nur durch eine Änderung der Verfassung möglich. Es ist aber bedenkenlich, wegen eines einzelnen Punktes die Verfassung zu ändern. Man wird die Angelegenheit bis später zurückstellen müssen. Der Abg. Ged hat dann von der Gemeindebeamtensfürsorge gesprochen und gefragt, wie der Kapitalist geleitet. Ähnlich hat sich auch der Abg. Dietrich geäußert. Es liegt in dieser Angelegenheit eine Petition vor, die uns Anlaß geben wird, uns über dieselbe näher auszusprechen.

Bei den Ausführungen des Abg. Ged hat der Rastatter Streik einen breiten Raum eingenommen. Er hat dazumit geflagt, daß die Polizei nicht unparteiisch gewesen sei und hat auch meine Unparteilichkeit bezweifelt. Es ist das ein schwerer

Vorwurf. Die erste Pflicht eines Ministeriums und der ihm unterstellten Behörden ist, Unparteilichkeit zu üben und in wirtschaftlichen Kämpfen Neutralität zu bewahren. Den Vorwurf erhob der Abg. Ged nicht nur bezüglich des Rastatter Streiks, sondern auch hinsichtlich des Pforzheimer Streiks. Ich bin mir nicht bewußt, daß etwas getan wurde, was zu diesen Vorwürfen berechtigt. Bei den Streiks bedarf es oft eines raschen Entschlusses, bei dem auch einmal das Unrichtige getroffen werden kann. Bei meinen Darlegungen über den Streik hat es sich nicht darum gehandelt, wer Recht und Unrecht hat, sondern darum, festzustellen, daß die Behörden nicht über die gebotenen Grenzen hinausgingen. Es ist nicht meines Amtes, darüber zu urteilen, ob Arbeitgeber oder Arbeiter im Rechte sind. Ich bin nicht der Oberherr des Landes, ob es sich bei dem Streik in Rastatt um Kleinigkeiten bezüglich der Forderungen der Arbeiter handelte, wie der Abg. Ged sagte, weiß ich nicht. Ich habe auch keinen Anlaß, das zu prüfen. Wenn es sich um Kleinigkeiten handelte, warum war denn dann ein Streik notwendig? Was den Streik betrifft, so war er nicht Gegenstand des Streiks. Auch der Abg. Dr. Vogel hat sich in seiner vom dornreichen und idealen Standpunkte aus gehaltenen Rede gleichfalls mit dem Streik beschäftigt. Es wurde gesagt, daß die Fabrikleitung sich auf den Herrenstandpunkt stellte. Ich selbst halte den Herrenstandpunkt nicht für den richtigen. Ich habe bei den Streiken stets die Ansicht gehabt, daß ein Ausgleich geschaffen werden soll. Wir finden aber auch den Herrenstandpunkt bei den Arbeitern. Es wird ja gesagt: „Wenn mein starker Arm es will, stehen alle Köder still“ (Weiterkeit.) Ich begreife die Erbitterung der Arbeiter, wenn man Leute von Streikbureaus bezieht. Ich muß aber auch solche Leute schützen gegen Angriffe.

Der Abg. Ged hat auch davon gesprochen, daß man die Feuerwehre gegen die Streikenden herangezogen habe. Bei dem Falle, den der Abg. Ged im Auge hatte, handelte es sich nicht darum, die Feuerwehre gegen die Streikenden aufzubieten. Sie sollte lediglich Sachbeschädigungen verhüten. Ob es besser ist, mit Feuerpistolen vorzugehen, als mit Maschinengewehren, ist eine Frage, die seiner Verantwortung bedarf.

Bezüglich des Pforzheimer Streiks hat der Abg. Ged gesagt, daß kein Recht bestanden hätte, ein großes Polizeiaufgebot nach Pforzheim zu senden. Wenn früher die Polizei verstärkt worden wäre, würde es um den Schutz der Arbeitswilligen und die öffentliche Ordnung besser bestellt gewesen sein und die Fabrikanten hätten keinen Anlaß gehabt, die Ausperrung einzutreten zu lassen. Ich bin heute noch nicht überzeugt, daß der nicht genügende Schutz der Arbeitswilligen die Ausperrung nötig machte. Der Abg. Odenwald hat ausgeführt, daß ich überzeugt sein müßte, die Pforzheimer Unternehmer seien in ihrem Rechte. Das kann ich nicht aussprechen, wenn ich auch abgeben muß, daß berechtigte Gründe die Unternehmer zu ihren Maßnahmen veranlassen. Was ich aber nicht verleihe, ist der Umstand, daß die Unternehmer auch im weiteren Stadium des Streiks jede Unterhandlung ablehnten. (Sehr richtig.) Nachdem der Frieden nun wieder hergestellt ist, dürfen wir erwarten, daß er erhalten bleibt. In anderen Staaten bestehen gesetzliche Bestimmungen, daß vor dem Eintritt in einen Streik Verhandlungen stattfinden müssen. Ich möchte wünschen, daß auch in Deutschland eine solche gesetzliche Bestimmung getroffen wird. (Weiß.) Der Redner wies sodann einige Ausführungen des Abg. Süßkind über den Mannheimer Fabrikarbeiterstreik als unzutreffend zurück und bemerkte, daß verlässliche von dem Abg. Dietrich gegebene Anregungen einer Prüfung unterzogen werden.

Ministerialdirektor Dr. Weingärtner: Eine der von dem Abg. Schmidt-Dretzen vorgebrachte Anregung bezog sich darauf, daß einer Beschwerde über die Dienstführung des Bürgermeisters in Graben nicht stattgegeben worden sei und daß man den Beschwerdeführer über den Verlauf ihrer Beschwerde keine Nachricht gegeben habe. Hierzu ist zu bemerken, daß am 20. Januar 1912 der Bezirksrat entschied, daß Anlaß zu einem dienstpolizeilichen Einschreiten gegen den Bürgermeister nicht vorliege. Dem Gemeinderat ist dieser Beschluß eröffnet worden. (Hört, hört!)

Ministerialrat v. Wisleben: In der gestrigen Debatte wurde auf den Fall des Gendarman Maupp hingewiesen. Es ist bedauerlich, daß diese Angelegenheit zur Sprache kommen muß, es ist das aber auch auf der anderen Seite wünschenswert, weil dieser Fall in der Presse behandelt wurde. Der Mann ist seiner Intoleranz gegenüber dem Alkohol zum Opfer gefallen. Infolge seiner Reue wurde eine dienliche Leistungsfähigkeit mangelhaft. Maupp wurde unter Androhung der Dienstentlassung zur Strafe nach Nehl veretzt und dort der Aufsicht des Wachmeisters unterstellt. Er verfiel aber auch hier trotz aller Mahnungen seiner verhängnisvollen Leidenschaft. Es kam ein Fall vor, bei dem es sich um eine grobe Dienstunfähigkeit handelte. Ein anderer Gendarm sagte Maupp, daß er

hierwegen unter Umständen eine Verfolgung wegen Unterschlagung zu befürchten hätte. Daraufhin beging Maupp den unglücklichen Schritt, sich das Leben zu nehmen. Was über diesen Fall in der Presse berichtet wurde, ist nicht zutreffend und es ist auch die Behauptung unrichtig, daß Maupp unter den Schlägen des Wachmeisters zu leiden gehabt habe. Der Abg. Schmidt-Dretzen hat über die mangelnde Disziplin in der Anstalt Hellingen gesprochen. Es besteht allerdings die Bestimmung, daß eine körperliche Züchtigung erst nach Untersuchung durch den Bezirksarzt vorgenommen werden darf. Diese Bestimmung hat ihren guten Grund.

Ministerialdirektor Dr. Glöckner kam auf die Darlegungen des Abg. Frhr. v. Menzingen über die Desinfektion in den Landgemeinden zu sprechen und erörterte antwortend daran die für das Desinfektionswesen erlassene Verordnung. Sodann kam der Redner auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Süßkind über das Apothekenwesen zu sprechen, der ein rasches Tempo bei der Neuorganisation von Apotheken verlangt habe. In dieser Beziehung wird von der Regierung entsprechend den Bedürfnissen vorgegangen. Die Sonntagsruhe im Apothekenwesen ist durch einen Erlaß bereits geregelt.

Abg. Weisacher (Zentr.): Der Ausschuß des Landesfeuerwehreverbandes hat sich mit einer Denkschrift an die große Regierung gewendet, in welcher die Wünsche des Verbandes niedergelegt sind, die sich insbesondere auf die Ansprüche von Unteroffizieren bei Unglücksfällen beziehen. Der Redner verbreitete sich über verschiedene in der Denkschrift niedergelegte Wünsche und vertat die Auffassung, daß auch diejenigen Personen, die bei einem Rettungsveruche, ohne Feuerwehrleute zu sein, verunglückt, Unterstützung erhalten sollen. Die Regierung möchte ich bitten, den Wünschen Rechnung zu tragen. Im Streiks greift die Feuerwehr nicht ein, sie wird aber zur Instandhaltung der öffentlichen Ordnung bereit sein.

Ministerialdirektor Dr. Glöckner: Die Anträge der Landesfeuerwehrunderstützungskasse liegen dem Ministerium vor und werden einer Prüfung unterzogen. Die Regierung wird dieselben erfüllen. (Weiß.) Sie kann den Bestrebungen der Feuerwehr gegenüber nur einen wohlwollenden und sympathischen Standpunkt einnehmen, denn sie ist vielfach auf die Hilfe der Feuerwehren angewiesen. Schwieriger ist die Frage der Haftpflichtversicherung, die aber ebenfalls erwogen werden soll.

Abg. Hinf (Fortschr. Volksp.): Ich werde wohl mancher Erwartungen, die an das erste Auftreten eines Abgeordneten in diesem Hause geknüpft werden, nicht erfüllen. Es gereicht mir zur Ehre, diesem Hause angehören zu können und ich sehe eine Ehrenpflicht darin, in die Fußstapfen meines unvergänglichen Vorgängers, des Abg. Dr. Heimburger, zu treten, der so früh aus dem Leben geschieden ist. Ich werde gemeinsam mit meinen Parteifreunden alles das, was rücksichtslos und freiheitsfeindlich ist, bekämpfen (Wachen beim Zentrum) und alles das unterstützen, womit freies und fortschrittliches Leben gegeben wird. Bezüglich der Bezirksverwaltung ist zu wünschen, daß in dem System, in welchem bisher gearbeitet wurde, etwas geändert wird und daß sich mehr Persönlichkeiten, die auf Selbstständigkeit halten, dem Dienste zuwenden. Der badische Bauernverein zählt heute mehr Mitglieder wie der landwirtschaftliche Verein. Es wäre zu wünschen, daß beide Vereine sich in einem großen Verein zusammenzuschließen würden, um auf neutralem Boden die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten. Was die Selbstverwaltung betrifft, so muß ich sagen, daß die Bevormundung der kleinen Gemeinden oft etwas zu weitgehend ist. Weiter möchte ich verlangen, daß die Zusammenlegung der Bezirksräte auf eine andere Weise als bisher geschieht und daß in denselben auch der Gewerbetreibende, Handwerker und Arbeiter Vertretung findet. Nach meinen Erfahrungen werden bei der heutigen Zusammenlegung der Bezirksräte gewisse plutokratische Mächte zum Vorschein kommen. Dem Verlangen auf Reform unserer Kreisordnung, vor allem auf Reform der Kreisräte, trete auch ich bei. Auch hinsichtlich der ort- und bezirkspolizeilichen Vorschriften bestehen Klagen, weil vielen Leuten diese Vorschriften nicht genügend bekannt sind. Diese Vorschriften sollten in Gemeindeverordnungen bekannt gegeben und dabei ihr Zweck erläutert werden. Der Redner äußerte sich sodann zu der Handhabung der Bauordnung, zu den erfreulichen Bestrebungen auf dem Gebiete des Bauens in den Schwarzalbbädern und über die Vorschriften des Mißbehörden. In seinen weiteren Darlegungen behandelte er die Reform der Kreisräte, die sich auf die Schaffung guter und billiger Wohnungen, die Zuhilfenahme und die Verknüpfung bezogen. Daran anschließend führte er aus: Ich bedaure es, daß ich damals nicht im Hause war, als der Abg. Schmidt-Dretzen seine Angriffe gegen die Bezirksärzte erhob. Die Ausdrücke des Abg. Schmidt gegen diese Ärzte waren zu stark. Auf Grund meiner Erfahrungen kann ich sagen, daß der Bezirksarzt stets der Vertrauensmann der Landwirte

Söhne ihrer Väter.

Roman von Max Kreher.

30 (Fortsetzung.) Da hatte Silvester seinen Gleichmut wiederbekommen. Er rechte sich und lachte ihn aus mit dem schmetternden Lachen, das zum eignen Vergnügen dient. „Warte es doch erst ab. Niemals haben die Väter ihre eigenen Kinder verstanden, weil sie das Verständnis für die Jugend verloren haben. Das Alter kämpft mit der Zeitströmung, hat aber nicht die Kraft dazu, sie zu überwinden. So war es und so wirds immer bleiben.“ „Nun lachte ihn der Alte aus, aber mit trockener Stimme. „Deine Zeitströmung heißt: Untätigkeit und Berufslosigkeit; verstehst du mich?“ „Du verstehst mich nur nicht, Vater. Ich kämpfe für mein Persönlichkeitsgefühl, und damit diene ich meiner Zeit. Die Väter haben uns in die Welt gesetzt und uns schwimmen gelehrt. Nun sollen sie sich aber auch nicht wundern, wenn wir ihnen wegschwimmen.“ „Und wenn sie untergehen, schreien sie um Hilfe — nach den Eltern natürlich.“ Sein Lachen dröhnte durch das Zimmer. „Ja nach dir, Vater? Schreien? Nie. Nie und nimmer! Dazu hast du mir meine Minderwertigkeit viel zu oft vorgehalten. Und ich denke noch an den Tag in Süttenlicht, wo ich es unversehens von dir mit anhören mußte: Deine abfällige Kritik über das „arme, zurückgebliebene Kerlchen“, über das „Treibhausplätzchen“, weißt du, das so kümmerlich gedeiht. Deshalb möchte ich dir einmal beweisen, wie ich mich selbst entwickeln kann durch die Kraft in mir. Viel Sonne hast du mir nicht gegeben, du hast sie immer für dich gebraucht; meinewegen auch für Lisa. Auch für Mutter — gewiß, gewiß! Das will ich nicht bestreiten. Darin hast du stets einen großen Zug gehabt. Sade ich auch stets heiß anerkannt hinter deinem Rücken. Aber siehst du — Lore und ich sind immer schlecht weggekommen. Das lag so in deiner Gefühlswelt, alles Gezirp hübsch tot zu treten. Aber auch das Unkraut erfüllt seinen Zweck, wenn auch nur, daß man

sich darüber ärgere. Und deshalb geht Silvester Trost ruhig seine Bahn weiter, ob er nun steht oder fällt, ob er in den Himmel gehoben oder mit Rot heiprilt wird. Etwas muß der Mensch haben, was sein persönliches Eigentum ist, und das ist sein W i l l e; wenn er auch sonst schon hundert fremde Dinge mit sich herumschleppen muß: Angedrohtes, Anerkanntes und Aufgebrängtes.“ „Nun, das dein letztes Wort, Silvester?“ „In dieser Sache ja, Vater, so wahr mich Mutter mit Edmeyer zur Welt gebracht hat, und so wahr ich hundert Mal mein Leben geben würde, sie von ihrem elenden Zustande zu befreien! Aber das eine fühle ich: Aus ihrer Schwäche ist mir die Stärke geworden, dir zu trohen, und das will ich, von heute ab.“ „Silvester, Silvester!“ Mit geballten Fäusten stand er vor ihm, unfinnige Wut in den vergrößerten Augen. „Und Vater?“ „Beide sahen sich lange und tief in die Augen, wie zwei Todfeinde, die sich doch am liebsten in den Armen liegen möchten, weil sie im Innersten empfinden, daß sie zusammengelören.“ „Silvester, wenn du jetzt als Starkkopf weggehst, dann geschiedst vielleicht Ungeahntes.“ „Nun bin unabhängig, Vater, das weißt du.“ „Aber nicht vernünftig in deinen Handlungen“, schlug nun Trost senior einen kurzen, abweisenden Ton an. Gestern erst hat du wieder ein Zeugnis deiner Verschwendungslust abgelegt, das zu denken gibt.“ Silvester diente ihm eben so kalt. „Schickst du schon deine Spione hinter mir her?“ „Welches Franzenszimmer kriegt denn diesen Belz für zweitausend Mark, he?“ fragte der Alte, der durch Frau Carlou von allem unterrichtet war. Silvester hob die Schulter. „Was gehst du an, Vater? Jedenfalls keine Dirne, die ich verstanden muß.“ In diesem Augenblick konnte Trost seinen Sohn nicht anblicken; und um seine Verlegenheit zu verdecken, trat er an den Schreibtisch und suchte nach irgend etwas. Es dauerte Minuten, bevor er wieder fortfuhr. „Dann also Schluß, lieber Silvester. Wandle weiter in deinem Dichtertraum, um so jäherlicher wird für dich das Er-

machen sein. Vielleicht wirst du dann noch für mich gerettet.“ „Halle ich, so werde ich mich auch wieder erheben können. Ohne deine Hand . . . Adieu, Vater.“ „Adieu, Silvester. . . Wir sehen uns wohl noch heute?“ „Ja, weiß es nicht, Vater.“ Er gab ihm nicht die Hand, er sah ihn auch gar nicht mehr an, sondern ging mit brennendem Gesicht hinaus. „Als er auf den weißen Säulen die Treppe hinabstieg, war er so bewegt, daß er Konjul Sinders nicht bemerkte, der sich rasch an ihm vorbeidrückte. Erst als er unten in dem glänzenden Flurhülle angelangt war, fiel ihm ein, daß jemand den Versuch gemacht hatte, ihn zu grüßen, vielleicht auch anzureden. Genau wußte er es nicht mehr, denn er litt unter einer Art feierlichen Betäubung, aus der er erst langsam erwachte. Ruh, da er den Alten nicht mehr sah, gitterte er am ganzen Körper, wie ein Flüchtling, der einer drohenden Gefahr entronnen ist. Denn diesem Kolos von Vater hielt er immer nur stand, sobald er ihm in die Augen blickte; war er ihm glücklich entronnen, so glaubte er ihn als Verfolger hinter sich zu haben. Es war wie Wahnmis, herborgesun durch aufgeregte Nerven. Schon mehrfach hatte der Portier vor ihm gebietert. „Befehlen Herr Trost geschlossenen Taz?“ Endlich pffert er. Silvester steckte ihm ein Trinkgeld in die Hand und stieg in die Drosche, um nach dem Theater zu fahren. Nichts sollte ihm mehr durchkreuzt werden; seine ganze Tätigkeit wollte er jetzt darauf richten, das erste Ziel zu erreichen. Und war es auch nur ein Dichtertraum, wie der Alte höhnte — es träumte sich doch schön, eingelöst von dem Gedanken an den berauschenden Erfolg. Währenddessen hatte Sinders gemächlich eine Stufe nach der anderen genommen und in dem weiten Korridor angelangt, sich nach dem kleinen Zimmer umgesehen, wo des Geheimrats Kammerdiener ansutreffen war; denn der Portier hatte ihm bedeutet, daß man sich vorher dort anmelden müsse, um bei Trost vorgelesen zu werden. Sinders, im langen Sportulster, den glänzenden Zylinderhut auf, das lose Glas eingeklemmt, überreichte seine Karte und nälzte herablassend: „Herr Geheimrat erwartet mich. . . die Sache ist eilig.“ Und als der Diener ihn höflich

Unter... den... über... die... der... in... die... die...

war. Der Redner ging sodann noch auf verschiedene Fragen ein, die in früheren Debatten des Hauses schon erledigt wurden...

Abg. Willi (Soz.):

Ber die Rede des Abg. Odenwald hörte, hätte meinen Wünschen, daß beim Streik in Pforzheim einzig und allein die heftigen Arbeiterführer schuld gewesen seien...

jede Unterhandlung abgelehnt hat.

Man hätte es wenigstens vermeiden sollen. In der Friedensliebe der Arbeiter hat es nicht gefehlt. In dubenden von Fällen waren es die Vertreter des Unternehmertums, die zu keiner Einigung zu bewegen waren...

ein Arbeitshilger durch 4 Schutleute geschäft.

Es geschieht viel Unnützes und Ueberflüssiges, das dazu angetan ist, das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Regierung zu untergraben.

Was den Fall Raupp betrifft, so kann die Untersuchung der Distriktsbehörde nicht als genügend betrachtet werden. Das vorliegende Material bestätigt, daß nicht allein Raupp, sondern auch andere Bedienten sich beschwert haben...

Das Interesse der Regierung für die Wohnungsinspektion ist zu begrüßen. Es ist zu hoffen, daß dadurch die Mißstände gebessert werden.

gebete, hatte, einige Augenblicke zu verweilen, und mit der Karte davongeeilt war, benutzte Sinders die Gelegenheit, eines der Zimmermädchen, die hier fortwährend in Tätigkeit waren, mit den Worten anzutadeln: „Aber Sie sind ja Juder, Kleine, geradezu Juder! Warten Sie, Sie sollen sich auch weichen lassen.“

„Herr Geheimrat lassen bitten.“ Unterfällig trat er ein, mit jener gemachten Süßlichkeit, die der Zwischenhändler immer Leuten gegenüber bereitet hat, die er als Auftragegeber haben möchte.

(Fortsetzung folgt.)

im Wohnungswesen immer mehr verschwinden. Das Ministerium möge auch die Vorschläge des Landeswohnvereins möglichst eingehend prüfen, wie auch die Gartenstadtbewegung und die Baugenossenschaften nach Möglichkeit unterstützt werden sollen.

Im letzten Landtag wurde ein Wunsch des Hauses der Regierung überwiesen, im nächsten Budget, das wäre also im vorliegenden, 100 000 M. einzustellen, zur Unterstützung jener Gemeinden, die auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung Schritte getan haben.

Bezüglich der Gemeindeordnung wünschen wir, daß dafür gesorgt wird, daß die verschiedenen Verträge und Eigentümlichkeiten in Bezug auf Festlegung der Wahlen aufgehoben. Warum soll nicht an Sonntagen gewählt werden?

an Sonntagen Wahlversammlungen ab,

sogar sehr fromme, wo trotz Sonntagsheiligung oft schwerer an den christlichen Geboten gesündigt wird, wo man nicht an die Verletzung des religiösen Empfindens denkt.

Abg. Rogner (natl.) sprach der Regierung seinen Dank dafür aus, daß sie in Badenweiler ein Radiumemanatorium errichtet.

Darnach wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung.

Badische Politik.

Die Lebensmittelteuerung.

wurde dieser Tage in der Generalversammlung des kath. Frauenbundes Karlsruhe, die am 18. April im großen Kathausaal in Karlsruhe tagte, behandelt.

Die Ursachen der Teuerung liegen tiefer, als daß man sie mit den Schlagwörtern wie Profitgier der Agrarier oder gewissenlose Steuer- und Zollpolitik abtun könnte.

Am Schluß empfiehlt Rednerin die Selbsthilfe und führte aus:

„Die Selbsthilfe der Hausfrau besteht in Wissen und Können, das sie befähigt, den veränderten Verhältnissen in Haus und Küchenführung Rechnung zu tragen; dann kann die nicht berufstätige Frau die Kosten des Haushalts dadurch verringern, daß sie mancherlei, z. B. Kleidungsstücke, wieder selbst herstellt, und die Ansprüche an Vergnügen usw., reduziert.“

Da schlag einer lang hin. Also die Frauen sollen die Teuerungslasten, die wir lediglich der Zentrums-agrarischen Politik verdanken, mit mehr „christlicher Geduld“ ertragen. Ein netter Trost. Die Frau von Birkensee, die Frau Oberlandesgerichtsrat, die Freiin Maria von Baus, die Frau von Leuffel und die übrigen „gnädigen Frauen“, in deren Gnadensonne sich die betörten Frauen des Volkes fühlen, können über die Teuerung schon mit christlicher Geduld hinwegkommen, aber nicht die Arbeiterfrau.

haben, wenn sie die Frauen mit solchem Trost abfertigen wollen. Freilich, als Verfasserinnen der Zentrumspolitik können sie nicht gut anders. Das Zentrum hat mit seiner Politik bis jetzt immer für diejenigen geforgt, die da haben und bei denjenigen, die nichts haben, nach den Worten geäußert und sie heuchlerisch zur christlichen Geduld ermahnt.

Mit der Geldgeduld ist aber da nichts getan. Wenn es ernstlich um die Beseitigung der Teuerung zu tun ist, der verlangt: Deffnung der Grenzen für Lebensmittel, kommunale Lebensmittelverforgung, Abbau unerer verbreiterischen Zoll- und Finanzpolitik und genossenschaftliche Selbsthilfe. Alles andere sind Klauen.

Aber dann noch etwas. Wie kommt der kath. Frauenbund zum großen Kathausaal? Die Stadtkommunalverwaltung ist doch sonst sehr penibel und verweigert den Saal stets zu politischen Zwecken. Unsere Frauensektion soll einmal den großen Kathausaal zu einer Generalversammlung und zur Behandlung ganz des gleichen Themas verlangen, welche Antwort sie bekommen wird. Das Zentrum hat in Karlsruhe keinen Zentrumsabteil. Es besteht nur ein sogen. Ortsauschuß der Zentrumsparthei, der sich aus Mitgliedern der verschiedenen katholischen Vereine zusammensetzt.

Wenn vielleicht von Zentrumsseite behauptet werden sollte, daß der kath. Frauenbund sogen. „charitativ“ und keine politischen Zwecke verfolge, so hat das bei dem abgemeinten Judascharakter dieser Partei keine Bedeutung.

Dieser Fall gehört aufgelklärt.

Billiges Fleisch.

Der Arbeiterkonsumverein Basel verkauft schon seit Anfang dieses Jahres infolge der Zollreduktion Gefrierfleisch und zwar Vorderbrust zu 65 Rappen das Pfund gleich 44 Pf., Hinterbrust zu 65 Rp. gleich 52 Pf., Schenfleisch ohne Knochen zu 80 Rp. gleich 64 Pf.

Bei uns sucht man den Konsumenten einzureden, daß das Gefrierfleisch in Deutschland doch nicht gekauft würde. Das Schweizerfleisch ist in bezug auf die Ernährung gewiß nicht anpruchsvoller als das deutsche. Die Tatsache, daß man in der Schweiz seither in erhöhtem Maße Gefrierfleisch konsumiert, zeigt am besten, daß diese Ausreden der deutschen Zöllner eben nichts sind als Ausreden.

Zur praktischen Prüfung der viel erörterten Frage der Verforgung der Bevölkerung mit gefrorenem Fleisch hat auch die Gesellschaft für Markt- und Viehwirtschaft in Berlin mit der Konserbierung von Schenfleisch in Gefrierkammer dieser Tage einen Versuch gemacht, der als völlig gelungen bezeichnet werden kann.

Der „Badische Beobachter“ hat vor einigen Tagen behauptet: „Der ‚Volkstreund‘ kann nämlich nicht leugnen — und wenn er es tut, dann lügt er — daß die sozialdemokratische...“

Beobachterliches.

Der „Badische Beobachter“ hat vor einigen Tagen behauptet: „Der ‚Volkstreund‘ kann nämlich nicht leugnen — und wenn er es tut, dann lügt er — daß die sozialdemokratische...“

Moral Lüge, Unehrlichkeit, Heuchelei, Gewalttat, sogar Fürstenmord gestattet, wenn das im Interesse der Sozialdemokratie als Arbeiterbewegung liegt. Wir sind jederzeit bereit, ihm das aus sozialdemokratischen Quellen nachzuweisen."

Darauf will das Blatt unter Angabe der Quelle und Seitenzahl den Beweis erbracht haben. Das ist nicht wahr. Es hat dafür den Beweis nicht erbracht. Der Vorwurf der Lüge bleibt am Beobachter, hafsten, wenn er nicht klipp und klar nachweist, wann und wo ein Sozialdemokrat einen Fürstenmord ausgeführt bezw. wann und wo die Sozialdemokratie den Fürstenmord gestattet, wenn das im Interesse der Sozialdemokratie als Arbeiterbewegung liegt," wie der Beobachter behauptet hat. Und dabei bleibt's.

Aus dem Landtag.

Die Kommission der zweiten Kammer für Justiz und Verwaltung

berabschiedete in ihrer gestern stattgefundenen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes, die Abänderung des Vergegesetzes betr. Der Gesetzesentwurf will die Schürarbeiten unter bergpolizeiliche Aufsicht stellen. Für den Mutter (denjenigen, der um die Verleihung des Bergwerkseigentums nachsucht) soll durch Verlängerung der Frist für die Angaben über das zu belegenden Feld eine Erleichterung geschaffen werden, andererseits soll eine Beschränkung seines Anspruchs auf das zu belegenden Feld in räumlicher Hinsicht erfolgen. Die Kommission der ersten Kammer, die den Entwurf bereits beraten hat, beantragt, die Gültigkeit einer Mutung davon abhängig zu machen, 1. daß das in der Mutung bezeichnete Mineral auf dem angegebenen Fundpunkte auf seine natürliche Ablagerung entdeckt worden ist und bei der amtlichen Untersuchung in solcher Menge und Beschaffenheit nachgewiesen wird, daß eine zur wirtschaftlichen Verwertung führende bergmännische Gewinnung der Minerale möglich erscheint, 2. daß nicht bessere Rechte auf den Fund entgegenstehen. Die Kommission der zweiten Kammer gab nach eingehender Beratung dem Entwurf in der Fassung der ersten Kammer ihre Zustimmung.

Budget-Kommission der zweiten Kammer.

Nachdem die Stadt La Har die Mitteilung gemacht hat, daß sie die Turnhalle der Friedrichschule in Folge Vermehrung des Turnunterrichts an der Volksschule dem nun zu errichtenden Lehrerseminar nicht zur Verfügung stellen könne, macht sich der Bau einer Turnhalle für das Lehrerseminar notwendig. Dafür sind 50 000 M. erforderlich. In den für das Lehrerseminar in La Har bewilligten Mitteln sind 72 000 M. erpart worden. Die Kommission beschließt, dem Plenum der zweiten Kammer die Bewilligung der für den Bau der Turnhalle erforderlichen Mittel zu empfehlen.

Abg. Pfeifferle berichtet sodann über den Vorschlag des Eisenbahnbaues für die Jahre 1912 und 1913. Nach dem Vorschlag betragen die Ausgaben für beide Jahre 67 132 400 M., die Einnahmen 3 582 483 M., die Mehrausgaben betragen mithin 63 549 917 M. Eine Anfrage, nach welchen Grundrissen bei der Durchführung großer Bahnprojekte vorgehen werde, wird dahin beantwortet, daß man bei der Durchführung solcher Bauten noch vollständig strebe, wobei man aber auf vielerlei auf unvorhergesehene Schwierigkeiten stoße, die dann die Ausführung verzögern. Aus budgetären Gründen sei eine Verzögerung aber nicht eingetreten. Unter Ausgaben Titel 1 werden genehmigt 330 000 M. für die Bahn Wertheim-Miltensberg, 909 000 M. für die Bahn Taubertshausen-Königsheim, 355 900 M. für die Bahn Wallbörn-Gardheim, 1 800 000 M. für die Bahn Weissenbach-Naunmünz, 10 000 M. für Weiterführung der Rendalalbahn (Ausarbeitung eines Entwurfs) von Oppenau bis Griesbad, 500 000 M. für die Verbindungsbahn Offenburg-Weinshausen-Vogelshurst und 1 115 000 M. für die Bahn Senger-Beuren. Für bestehende Bahnen Titel 2 werden von der Kommission zur Genehmigung empfohlen: 1 800 000 M. für ein 2. Gleis auf der Strecke Redargemünd-Nedareh, 1 000 000 M. für ein 2. Gleis auf der Bahnstrecke Willingen-Rimmendingen, 1 000 000 M. für Verlegung der Söllentalbahn bei Freiburg, 405 000 M. für Einrichtung der elektrischen Streckenbedienung auf weiteren Bahnstrecken. Unter Titel 3, Stationen, werden zur Genehmigung empfohlen: 700 000 M. für Erweiterung der Bahnsteiganlagen und Umdenkung der Gleisanlagen im Personenbahnhof Mannheim (3. Teilforderung), 20 000 M. Nachtragsforderung für Entwässerung der Mühlau bei Mannheim, 83 000 M. für Erweiterung der Gleisanlagen im Rheinauhafen (3. Teilforderung), 30 000 M. für Unterführung der Karl-Theodorstraße in Schwetzingen, 187 000 M. für Herstellung eines Bahnsteigtunnels und von Bahnsteigüberdachungen in Graben-Neudorf, 6 500 000 M. für den Neubau des Bahnhofs Seibelberg (7. Teilforderung), 33 000 M. für Dienst- und Dienstwohnungsgebäude in Mosbach, 100 000 M. für Anlage eines Bahnsteigtunnels und Erweiterung der Gleisanlagen in Lauda (1. Teilforderung), 100 000 M. für Erstellung eines Ueberholungsgleises in Müggelheim, 90 000 M. für Erstellung eines Ueberholungsgleises und eines 2. Bahnsteiges auf Station Gondelsheim (1. Teilforderung), 1 000 000 M. (6. Teilforderung) für den Bahnhofneubau in Durlach, 110 000 M. zur Erweiterung für den Güterverkehr auf Station Erffingen, 700 000 M. für die Bahnhofserweiterung in Pforsheim (7. Teilforderung), 146 000 M. für Erstellung eines Ueberholungsgleises in Riefern, 10 000 000 M. sind eingestellt für den Bahnneubau in Karlsruhe. Auf Anfrage erklärte die Regierung, daß der Karlsruher Bahnhof Ende 1913 in Betrieb genommen werden solle. Eine von sozialdemokratischer Seite gestellte Anfrage nach dem Stande der Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe bezüglich der Art der Anlage der Zufahrtslinien im Westen der Stadt (schienebene Uebergänge oder Unterführungen) wurde hin beantwortet, daß eine Verständigung über diese Frage auch hinsichtlich der Kostenverteilung zu erwarten sei. Die Erledigung der Position durch die Kommission wurde bis nach Vorlage der Pläne zurückgestellt.

Die Wehrevorlagen im Reichstag.

46. Sitzung vom 24. April, 1 Uhr. Fortsetzung der Generaldebatte.

Abg. Dr. Grabnauer (Soz.):

Die Wehrheit des Hauses ist für die neuen Rüstungsvorlagen; es besteht nur noch der Zweifel, ob man nicht noch weiter gehen soll. In der Bewilligungsbereitschaft eifern die bürgerlichen Parteien untereinander. Das beweist aber noch nicht, daß das heifsam ist für unser Volk. Man muß auch hier an das Wort denken, daß der Verstand nicht immer bei der Mehrheit ist und man muß sich weiter fragen, ob hier nicht der kapitalistische Einfluß die bürgerliche Mehrheit zur Bewilligung drängt. Bei dieser Gelegenheit hätte nun aber der Reichstag wenigstens die Pflicht, Reformen auf dem Gebiet des Militärwesens durchzuführen. Die konservative Partei will sich jetzt bei der Wehrevorlage besonders hervortun. Sie gebietet sich dabei als besonders patriotisch. Um das Vaterland hat sich die konservative Partei wirklich nicht sehr verdient gemacht; die Konservativen haben immer nur das Interesse gehabt, sich Verdienst vom Vaterland zu verschaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Ruttig hat gestern gesprochen über den deutschen Geist, der erhalten werden muß. Welch schöne Illustration gibt dazu der frühere Reichskanzler v. Hohenlohe, der erklärt hat, die Konservativen piffen auf das Vaterland! Die Nationalliberalen begreifen natürlich die Heeresvorlagen. Sie kommen da über ihre inneren Schwierigkeiten hinweg. Die nationalliberale Partei hat die Wehrevorlagen auch in erster Linie mitbezogen. Ihnen war ja das Quinquennat viel zu niedrig und nun ist man ihren Wünschen nachgekommen. Die Nationalliberalen sind militärischer als die Militärs. Das Zentrum ist im Laufe der Jahre immer bewilligungsfreudiger geworden. Das Zentrum ist eben jetzt Regierungspartei. Auch die Fortschrittliche Volkspartei ist nicht mehr die alte. Herr Müller-Meinungen hat gestern viel große, effektvolle Worte gesprochen, aber in seiner Rede zeigte sich deutlich, daß auch die fortschrittliche Volkspartei auf dem Boden der Regierungsvorlagen treten wird. In diesen militärischen Fragen haben sich die Herren von der fortschrittlichen Volkspartei gründlich geübt. In Steuerfragen sind wir zurückgefallen mit der Volkspartei, da hat sie sich zu ihrem Besten geübt, aber bei den Rüstungsfragen hat sich die Volkspartei von dem nationalistischen Kaufmann hinreichend lassen. Die Regierung hat so gut wie keine Begründung der Heeresvorlage gegeben, aber auch die bewilligungsfreudigen Parteien haben sich die Begründung leicht gemacht; sie haben einfach auf den Chauvinismus des Auslandes hingewiesen. Der Redner erachtete sich dann in langen Schilderungen unserer wirtschaftlichen Entwicklung, um nachzuweisen, daß die Schutzpolizei und die ganze kapitalistische Wirtschaftsordnung die Rüstungen zur Folge haben müßten. Die auswärtige Politik, die im Interesse des Kapitalismus betrieben werde, bringe uns eine Rüstungsvorlage nach der anderen. Die Sozialdemokratie, so erklärt er, hat immer dagegen angeknüpft, und nicht nur in Deutschland; in der Abrede des Militarismus sind wir einzig in allen Ländern. Was soll es bedeuten, wenn der Reichskanzler sich ein wenig freudig gegen die kommunistische Agitation? Flotten- und Wehrvereine hätten keine Bedeutung, wenn sie keine Beziehung hätten zu maßgebenden Stellen. Welche Kulturangaben liegen sich ihnen, wenn das Geld nicht für Rüstungszwecke ausgegeben würde? Je mehr gerüstet wird, um so bedrohlicher werden die Verhältnisse, und daher muß die friedliche Verständigung, die Abklärung herbeigeführt werden. Das Scheitern der Verhandlungen mit England würden wir bedauern und der Reichskanzler sollte über den Stand der Dinge Auskunft geben. Die Rüller wollen den Frieden und sie werden auch auf die Dauer die friedliche Verständigung herbeiführen. Die Kosten der Wehrevorlagen sollen auch jetzt wieder mit den Zöllen und Verbrauchszöllen bezahlt werden. Wir verlangen dagegen, daß die Kosten von denen getragen werden, die sie tragen können und den Nutzen davon haben. Die Kapitalisten und die Grundbesitzer müssen vor die Front. Es könnte auch viel Geld auskommen, wenn die Fürstendörfer auf ihre Steuerprivilegien verzichteten. Hunderte von Millionen lassen sich durch die Besteuerung der Erbschaften gewinnen. Selbstverständlich können wir nicht Steuern für Vorlagen bewilligen, die wir für schädlich halten. Die Aufgabe derer, die für diese Vorlagen eintreten, ist es, auch für die Deckung zu sorgen, und zwar für eine gerechte Deckung. Wir werden sehen, wie die bürgerlichen Parteien die Deckungfrage lösen und werden unsererseits die Konsequenzen ziehen. Wenn jetzt plötzlich Leberchiffre vorhanden sind, so ist es die Ehrenpflicht des Reichstags, sozialpolitische Forderungen zu erfüllen, die bisher mit Rücksicht auf die Finanzen zurückgestellt worden sind. Durch die Einführung der Rüge liegen sich Millionen sparen. Die Dienstzeit ließe sich auch heute schon erheblich kürzen, wenn man allen überflüssigen Paradebrill abschafft. Wir wünschen, daß unsere Armee ein wirkliches Volksheer sei!

Abg. Grabner (Centr.): Die Vorlagen sind von weitpolitischer Bedeutung und im Interesse des Friedens. Die militärische Situation hat sich für uns außerordentlich erschwert. Wir prüfen in der Kommission und stimmen dafür, wenn wir überzeugt sind. Redner fährt dann, zu den Sozialdemokraten gewandt, fort: Sie fragen über die hohen Kosten, aber würde das Militärsystem billiger sein? Nicht um einen Pfennig. Aber Sie wissen ja selbst, daß Sie allein sind, Sie erklären ja schon, auch beim Freitum ist Hopfen und Malz verloren. Ebenso muß man protestieren gegen die immer schärfer auftretenden Treibereien von gewissen nationalen Vereinen, Interessenten und Offizieren o. D. Seit 16 Jahren wird der Reichstag über Schwimmt mit Großhirnen. Ich freue mich, daß der Staatssekretär die Treibereien des Flottenvereins abgewiesen hat. Die Vorlage ist das höchste Maß dessen, was überhaupt verlangt werden kann. Wir haben einzelne Bedenken, sind aber im allgemeinen der Vorlage freundlich gesinnt. Redner begrüßt die Forderung des Plenums, regt an, ausübende Unteroffiziere auf den Domänen anzustellen, bricht sich gegen den Vorschlag aus, die Brauntweinsteuer in einer besonderen Kommission zu beraten und erklärt sich auch dagegen, die Wehrevorlagen etwa ohne Deutung zu verabschieden. Die Vorlagen dürfen nicht auseinandergerissen werden, sonst komme nichts zustande. Weiter wendet sich Redner gegen die Sozialdemokraten. Die Erbschaftsteuer habe die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 1909 mit 18 gegen 16 Stimmen abgelehnt. (Lebhafter Widerspruch der Sozialdemokraten. Abg. Weisner ruf: Agitationsläge!) Redner: Sie sind überzeugt, daß die Sozialdemokraten die Erbschaftsteuer auch jetzt ablehnen. Ein Zwang zu neuen Steuern liegt angesichts der großen Ueberchiffre nicht vor. Redner bricht dann gegen die Quelle. Unerhört ist es, daß ein Mann, der sich nach den Gesetzen des Staates und Gottes richtet, nicht würdig sein soll, dem Offizierkorps anzugehören. (Lebhafter Zustimmung im Zentrum.) Die Rüstungsvorlage im Falle Sabeth muß von einem christlichen Volke als eine Schmach empfunden werden. (Lebhafter Zustimmung im Zentrum.) Die Zukunft eines Volkes ist nur geboren auf den Fundamenten eines christlichen Staates und des christlichen Lebens. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.)

Reichsminister v. Oettingen: Herr Grabner hat die Kaiserliche Rüstungsliste im Falle Sabeth für eine Schmach

erklärt, die damit dem christlichen Volke angetan wird. (Lebhaftes Beifall im Zentrum.) In dieser Rüstungsliste wird aber ausdrücklich gesagt, daß eine ehrgeizliche Unternehmung nicht am Plage wäre, sobald jemand aus religiösen Gründen ein Duell ablehnt. Also gegen die religiösen Gefühle hat man nichts, aber ein solcher Mann gehört nicht in die Gesellschaftsklasse des Offizierkorps. (Stürmische Entrüstung im Zentrum und links, anhaltende Bewegung und Unruhe.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Mit seinen letzten Worten hat der Kriegsminister gezeigt, wie wenig Verständnis er für die Gefühle des Volkes hat. (Stürmischer Beifall im Zentrum und links.) Dr. Baasche kann sich nach derweiligen Rede Grabners und der dreifürstigen Rede Grabners kaum verständlich machen. Die Erklärung Baasches über die Liebegaben habe nicht die Bedeutung, daß die Nationalliberalen die Vorlage über die Spiritussteuer ablehnen, aber eine Preissteigerung des Spiritus, auch des technischen, würde die Folge der Aufhebung des Kontingents sein. Deshalb könne man die Vorschläge der Regierung nicht ohne Sang und Klang annehmen. Ob die Regierungsvorlage den Zweck erfüllt: Beseitigung des Schlagwortes Liebesgabe und Schutz der Brenner, ist eine andere Frage. Redner schließt mit einem Wort für den Flottenverein und für den Wehrverein. (Lebhafter Beifall.)

Donnerstag 1 Uhr Fortsetzung; außerdem Jesuiten-Interpellation. — Schluß 7 Uhr.

Erwerb das bad. Staatsbürgerrecht!

Im nächsten Jahre finden die Neuwahlen für die zweite badische Kammer statt. Es gibt eine große Anzahl Arbeiter, die zwar ihren Pflichten dem Staate gegenüber nachkommen müssen, aber das Wahlrecht nicht besitzen, weil sie nicht badische Staatsbürger sind. Parteigenossen! Der Sieg bei Wahlen wäre oft ein leichtes, wenn die Arbeiter sich etwas mehr um ihre Rechte kümmern würden! Agitiert darum tüchtig für Aufnahme in den badischen Staatsverband. Wer wählen will, muß schon ein Jahr badischer Staatsbürger sein. Es ist darum die höchste Zeit für jeden einzelnen, an diese Frage heranzutreten.

Soziale Rundschau.

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft. Im Monat März gelangten beim Genossenschaftsrat der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft 668 Anträge zur Anzeige, wovon 486 auf die Landwirtschaft und die mitverschickten Nebenbetriebe und 77 auf die Forstwirtschaft entfielen. Eritmalig entschieden wurden 280 Fälle; hierunter sind 17 Fälle mit tödlichem Ausgang. Im Jahresverlauf wurden für die neu entchiedenen Fälle 24 180 M. angeordnet, und zwar an 267 Verletzte 21 700 M., an 10 Witwen 1195 M. und an 13 Kinder 1285 M. Für die tödlich Verstorbenen umfassen die wunden weiler 860 M. Sterbegelder gezahlt. Im gesamten waren zu Anfang des Monats 25 746 Personen im Renten-genuß, davon schied im Laufe des Monats durch Einstellung der Rente 238 und durch Tod 65 aus. Unter Berücksichtigung des obigen Zuganges bezogen hierauf am 1. April 25 642 Personen Renten im gesamten Jahresbetrage von rund 2 061 450 M. Die Zahl der Fälle, in welchen im Laufe des Monats Entschädigungen abgelehnt wurden, betrug 183; in 224 Fällen mußten Änderungen im Rentenbetrage vorgenommen werden.

Im den von bürgerlicher Seite so viel gepriesenen "Segen" der Sozialversicherung besser in Augenschein zu bringen, müssen wir die Zahlen etwas zergliedern.

Im Monat März wurden Renten gezahlt 280, gezögert 328, also ein ganz rentabler Betrieb, da 30 Renten geherrschten wurden, als der Neuzugang beträgt. Die durchschnittliche Jahresrente betragt 80 M., die im März abgelehnten Rentenentschädigungen belaufen sich auf 183, in 224 Fällen wurden dieselben in der Hauptsache gezahlt und damit wollen die Leute immer noch nicht zufrieden sein?

Aus der Partei.

Der Mairuzug in Frankfurt a. M. verboten. Aus Frankfurt a. M. schreibt man uns: Wie alljährlich wandte sich auch dieses Jahr das Komitee an die Polizeibehörde um Erlaubnis einen Mairuzug zu veranstalten. Der neue Polizeipräsident Wies von Sayerhausen lehnte jedoch die Genehmigung ab. Aus seinem Bescheid drängen folgende Sätze allgemeine Heiterkeit, auch bei Nichtfrankfurter, auslösten:

"Da in diesem Jahre der 1. Mai auf einen Freitag fällt, die Mehrheit der Anhänger der Sozialdemokratie somit den am 1. Mai stattfindenden sonstigen Veranstaltungen fern zu bleiben genötigt ist, so ist bei der auf Sonntag, den 5. Mai, belegten Kundgebung mit einem Demonstrationsspektakel in besonders großem Umfang zu rechnen, an dem auch Frauen und Kinder teilnehmen. Schon die Auffassung des Massenzugs in dem engem Viertel der Altstadt, das zum Teil von Bevölkerungselementen bewohnt wird, die zu Ausschreitungen neigen, ist mit unmitteldbaren Gefahren für Leben und Gesundheit der Teilnehmer des Zuges sowie der übrigen Bevölkerung verbunden, zumal bei dieser Gelegenheit auch mit dem Zuzug einer großen Anzahl auswärtiger und insbesondere auch solcher Elemente zu rechnen ist, denen jede Gelegenheit zu Ungehörlichkeiten recht ist, und die auch einen organisierten Ordnungsdienst der Sozialdemokratischen Partei sich nicht fügen würden. In den engen und winzigen Straßen der Altstadt ist es überhaupt nicht möglich, die Massen ungefährdet zu formieren."

In diesem Tone geht es auf über 70 Druckzeilen weiter. Für Juli ist ein Festumzug zum 50jährigen Schützenfest genehmigt, an dem angeblich 100 000 Menschen teilnehmen werden und der durch dieselben Straßen zieht. — Kommentar überflüssig!

Der Mairuzug in — Halle genehmigt! Wie man uns aus Halle a. S. berichtet, wird in diesem Jahre zum ersten Male der Demonstrationsumzug am 1. Mai mit Genehmigung der Polizei vor sich gehen. Nach dem Bericht der Parteikommission, der in der letzten Mitgliedsversammlung des sozialdem. Vereins genehmigt wurde, ist, wie alljährlich, ein öffentlicher Mairuzug angestelt worden, der sonst stets mit nichtigen Gründen schonend verboten wurde. Diesmal will die Polizei den Mairuzug unter gewissen Beschränkungen und Bedingungen genehmigen. Die Teilnehmer der Demonstration können sich 10 Uhr morgens auf dem großen Rossplatz sammeln und dann in geschlossenen Reihen durch vier Straßen mit Musikbegleitung nach dem Arbeiterheim (Vollpark) marschieren. Das ist genöv nicht viel für Halle'sche Verhältnisse, aber doch immer etwas. Man erblickt in dem Verhalten der Polizei ein Entgegenkommen, und die Versammlung angenommene einstimmig den Mairuzug in der vorgeschlagenen Form. Ueber die neue Wandlung der Dinge wird man allerdings erst am — Abend des 1. Mai berichten können.

Kommunalpolitik.

Der Fettsack auf dem Stimmzettel. In Heidelberg hatte bei der kürzlich stattgefundenen Bürgerauswahl...

Die nationalliberale Partei will zwar gegen diesen Bescheid Berufung einlegen, wir hoffen aber, daß sie auch bei der Berufungsbehörde keinen Erfolg hat.

Schöpsheim, 23. April. Die Bürgerauswahl nahmen am Samstag ihren Anfang. In diesem Tage wählte die 3. Wählerklasse...

Rebelsheim (Amt Reinsheim), 23. April. Bei der gestrigen Bürgerauswahl der 3. Klasse stimmten den 24 Wahlberechtigten 273 (95 Proz.) ab.

Gewerkschaftliches.

Durmersheim, 22. April. Die Holzarbeiter von Durmersheim, insbesondere die Arbeiter der Firma Moser u. Co., haben am letzten Sonntag eine Versammlung abgehalten.

Wobersweier, 22. April. Auf Sonntag, 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, war im Gasthaus zur 'Araucaria' eine Fabrikarbeiterversammlung einberufen.

Aus dem Lande.

Bruchsal. — Auflösung. Am Sonntag fand im 'Roten Hahn' eine Generalversammlung der Schreiner-Innung statt, die zweite im Zeitraum von 4 Wochen.

Kastatt. — Die Wählerlisten liegen noch bis 29. April auf. Ueberzeuge sich jeder, ob er eingetragen ist. Wer nicht eingetragen ist, darf nicht wählen.

— Erwerb des badischen Staatsbürgerrechts! Diesbezügliche Schriftsätze fertigt unentgeltlich an: Otto Stier zum 'Anker'.

— Aus der Gemeinberatsung. Ein Besuch um Genehmigung zum Betrieb einer bereits bestehenden Wirtschaft und ein solches um Aufnahme in den badischen Staatsverband werden befürwortet.

— Für die ausgeschriebene Stelle des Kassadirektors haben sich 83 Bewerber gemeldet. Zur Prüfung der Gesuche wird eine Kommission gebildet.

— Baden-Baden. — Genossenschaftsbewegung. Einer Einladung des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften...

Offenburg.

— Die Naturfreunde treffen sich heute Donnerstag abend im 'Anker'.

— Der neue Mittelstand. Einem Verzeichnis zur Jagdstatistik, welches vom großh. Bezirksamt Offenburg im Verbindungsbogen veröffentlicht wird, entnehmen wir die Tatsache, daß auch der Beamtenstand unter den mit Jagdpässen ausgestatteten Personen vertreten ist.

a. Die Ruhegehälter der hiesigen Bediensteten und Arbeiter, wie sie nach dem neuen Ortsstatut geregelt werden, sind heute zum Betrage von 5395 Mk. angesetzt worden.

Die städtischen Tagelöhner Offenburgs haben bei der Beratung ihres Ortsstatuts sich das Vergütigen der Uneinigkeit geleistet; dadurch konnten sie selber ihre Interessen nicht besser wahren.

* Pforzheim, 24. April. Wie schon kurz gemeldet, werden die Mitglieder des badischen Landtags zur Besichtigung hiesiger und industrieller Unternehmungen am 8. Mai unsere Stadt besichtigen.

* Offenheim, 24. April. Gestern Nachmittag fand beim Ausgraben eines Brunnen ein Erdsturz statt, durch den der Tagelöhner Sud aus Rastatt verschüttet wurde.

* Staufen, 22. April. Wie man jetzt an den Karten Schöpfen der Reben beobachten kann, hat die Aprilfäule mehr geschadet, als anfangs befürchtet wurde.

* Aus der Saar, 23. April. Im 'Donauboten' widmet der Theaterdirektor Karl Heile den Donauschwäben folgenden tiefgelungenen Abschiedsgruß: 'Lebt wohl, es war zu schön gewesen, heißt dich Gott, ich soll nicht wieder sein.'

* Offenheim, 23. April. Am Samstag nachmittag wurde auf dem hiesigen Friedhofe und zwar am Grabe seiner Mutter die Leiche des Dr. Karl Heimburgers beigesetzt.

* Hornberg, 23. April. Gestern vormittag ertrank im Gewerbekanal das 2 1/2 Jahre alte Söhnchen des Feuers Weichaupt, das in einem unbewachten Augenblick ins Wasser gefallen war.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 25. April. Bürgerauswahl vom 24. April.

Die wichtigsten Beratungspunkte in der heutigen Tagung waren zweifellos die Errichtung eines neuen Gewerbe- und Handelsschulhauses und der Bau eines Kinderheims.

Bei der Beratung des Gewerbeschulneubaus rächte sich das Zentrum gegenüber den Ausführungen des Gen. Hof bei den Voranschlagsberatungen: 'man solle, statt die Kinder in der Volksschule mit Religion vollzupropfen, mehr Lesen, Schreiben und Rechnen lernen, damit der Gewerbebesuch ein besseres Schülermaterial zugeführt werden könne'.

beibringt. Welch Nam und Art der Junge, welcher des grausigen Verbrechens geziehen wurde, einen Revolver in der Tasche getragen zu haben, beschwieg der Herr, trotz Anfrage. Herr Bürgermeister Dr. Reimichmidt bemerkte mit Recht, daß es gefährlich sei, für einen beliebigen Dummjungenstreich irgend eine Organisation verantwortlich zu machen.

Als erste der zur Beratung stehenden 12 Vorlagen beriet das Kollegium den Vertrag mit Bildhauer Hermann Bins und den Architekten Pfeifer u. Großmann über die Errichtung des Großherzog-Friedrich-Denkmals.

Die Gebühren für die Baufestsetzungen und die Prüfung der Entwässerungsanlagen. Bisher wurden für die Bauten 1/2% (höchstens 100 Mk.) erhoben, von nun ab soll die Gebühr auf 1/4% erhöht werden.

Die Gebühren für die Baufestsetzungen und die Prüfung der Entwässerungsanlagen. Bisher wurden für die Bauten 1/2% (höchstens 100 Mk.) erhoben, von nun ab soll die Gebühr auf 1/4% erhöht werden.

Stadtv. Stegert anerkennt die Vorteile der Vorlage, kritisiert sie aber damit doch an der Spitze der Forderungen an die Bauunternehmer, anderen badischen Städten gegenüber.

Stadtv. Christ wünscht vorläufige Zurückziehung der Vorlage.

Stadtv. Merkle wünscht, daß die Entwürfe der Neuordnung den Vertretern der Hausinteressenten zugestellt werden.

Die Vorlage wird zurückgestellt und eine gemischte Kommission mit erneuter Durchberatung betraut. Die sozialdem. Fraktion stimmt dagegen. Die Bildung der Kommission wird dem geschäftsleitenden Vorstand überlassen.

Ankauf von Gelände am Michaels-Platz von Landwirt Jul. Braun I. und Genossen in Eulach.

Herfür sind 3408 Mk. erforderlich, welche aus Anlehensmitteln bestritten werden sollen.

Herstellung der Römer-Straße, Straße südlich der Kreis-Straße im Stadtteil Darlanden und Errichtung eines Gemeindefriedhofes über den Erat der Straßenspalten.

Anschaffung eines Motorbootes für den Rheinhafen. Das Boot soll zur Personenbeförderung dienen und kostet 30 000 Mk., welche aus Fondsmitteln genommen werden sollen.

Stadtv. Hof (Soz.): Die sozialdem. Fraktion stimmt dem Vorschlag zu, wünscht aber dringend, daß der Stadtrat nochmals in eine wohlwollende Prüfung zwecks Herabsetzung der Fahrpreise eintrete.

Der Oberbürgermeister sagt Verurteilung der Wünsche zu. Die Stadtv. W. Fren, Wieland und Herrmann schließen sich dem an.

Stadtrat Dr. Dietz (Soz.) erklärt, daß ihm und seinen Fraktionskollegen bis zur Stunde unbekannt gewesen sei, daß eine Massenabteilung der Plätze in dem Boote vorgesehen sei.

Überbürgermeister Siegrist: Der Stadtrat hat hierzu überhaupt noch keine Stellung genommen.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Erstellung einer Pferdebeschlaghalle im Schlacht- und Viehhof.

Die hierdurch entstehenden Kosten, 99 500 Mk., sollen aus Anlehensmitteln bestritten werden.

Stadtv. Rothweiler (Soz.) empfiehlt namens des geschäftsführenden Vorstandes die Annahme, was auch einstimmig geschah.

Die Vorlage fand einstimmige Annahme. Neubau einer Gewerbe- und Handelsschule.

Die nationallib. Fraktion beantragt, eine Kommission zu bilden, welche sich aus Schulvorstand, Lehrern, Gewerkschaften und Gefellen zusammensetzen soll, um die Verhältnisse zweckmäßig einrichten zu können.

Stadtv. Kubi: Die Gewerbe mit wenig Beschäftigten, glaube man wohl im alten Schulhaus im Birkel belassen zu lassen, er könne jedoch aber nicht befürwortet werden.

Stadtv. Sacritz schließt sich Kubi an.

markti... dem städt... nachmitt... tag von 8 bis... Weststadt... Sontenfr. 98/98... Uhr... am Freitag... 7480... Direktion... bot!... este... ster und nur... 4.50... 6.50... garantiert... e... g... 98... 45... 23... 5186... geltlich... werbe z... jeder Art... 686... angefertigte... erbe:... burtschen... zc... samt... Nr. 629... bei der männ... für das... rsch... fen... den Wald... den Wald... adann den... elchen... on mit... er etc... unkel... che... Art... 7086... ndele... nder... runde... n Bertheim... adob Rindel... des Kochbede... ob hier, mit... hier, Käder... Franz Graf... z von Stoll... S. Wilhelm... üller, Land... August... perilsdorfer... eib, Schrei... Herbert... Trugard... t. — Char... ulf Hans... e, Fabril... S. alt, B... age alt, B... B. August... l, Ehefrau... Einlegerin.

Stadto. Finf wünscht, daß die Wohnung des Schulvorstandes im Schulhaus untergebracht werde; es sei im Interesse einer Hochschule gelegen. Für die Jugendpflege müßte mehr gegeben, so wäre eine Turnhalle notwendig, neben Les- und Spielzimmer usw. Im neuen Gebäude sind die für die Handwerkschule vorgesehenen Räume ebenfalls nicht ausreichend. Es werden 25-30 Gänge benötigt und vorgesehen sind nur 16.

Stadto. Eichhorn (Soz.). So bald wie möglich sollte mit dem Bau begonnen und im Interesse der Schule selbst von verschleppender Kommissionsbildung Abstand genommen werden. Bedner anerkennt die Leistungen der Stadtverwaltung auf dem Gebiete des Schulhausbaues und äußerte den Wunsch, daß bei Ausführung der Arbeiten so gut wie möglich hiesige Handwerksmeister berückichtigt werden.

Stadto. Weiland wünscht die Unterbringung der gesamten Gewerbechule in das neue Gebäude. Die Sozialdemokraten würden besser daran tun, in ihrer Jugendorganisation den jungen Leuten mehr Ärgernis beizubringen, anstatt über zu viel Religionsunterricht zu klagen.

Stadto. Strobel: Es ist nicht richtig, daß die Volksschule der Gewerbechule minderwertige Schüler liefert.

Stadto. Fraas: Die Bauausführung wurde einem Privatarchitekten um 60 000 M. übertragen. Dieser Betrag ist hoch und er wünschte Auskunft, warum die Stadt nicht selbst die Bauausführung übernehme.

Stadto. Sauer (Soz.): Die Moralpredigt Weilands war vollständig deplaziert. In den freien Jugendabteilungen werde für Bildung und Anstand wohl geforgt, aber die Lehrer der Gewerbechule seien nicht geworden. Man hat versucht, die Schüler zum Austritt zu bewegen usw. Dazu haben die Lehrer kein Recht und es ist dieses auch nicht ihre Aufgabe. Der von Weiland angezogene Fall werde untersucht werden, es ist kaum denkbar, daß es so zutrifft, wie Weiland ausführt.

Bürgermeister Dr. Kleinschmidt: Man darf nicht jeden Zusammenhang irgend einer Organisation anhängen. Die Handlungen der Lehrer geschahen auf staatliche Anweisungen, denn sie als die Schüler zum Austritt aus der freien Jugendorganisation veranlaßten, so geschah dies auftragsgemäß.

Rach zufolge des Oberbürgermeisters, daß die vorgebrachten Wünsche möglichst berücksichtigt werden, wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Der Antrag, welcher die Unterbringung der gesamten Gewerbechule im Neubau verlangt, wurde mit Majorität angenommen.

Erwerbung eines Grundstücks von Maurermeister Gustav Gerhardt im Stadtteil Rintheim.

Das Grundstück liegt im Stadtteil Rintheim und erfordert 200 M., welche aus Anlehensmitteln bestritten werden sollen.

Die Vorlage wird nach Ausführungen des Stadto. Erb, welcher sich über die Härte der Wertzuwachsteuer beklagt, einstimmig angenommen.

Änderung der Verbrauchssteuerordnung.

Der § 2 der Verbrauchssteuerordnung in der feinerzeitigen Fassung hat folgenden Wortlaut:

Abatz 1: „Der Verbrauchssteuerbezirk umfaßt die Gesamtgemerkung Karlsruhe.“

Abatz 2: „Die Teile der Vororte Rintheim und Ruppurt, welche mit der Altstadt nicht zusammenhängend bebaut sind, gelten jedoch als zum Verbrauchssteuerbezirk gehörig nur hinsichtlich des Weines und des auf der Gesamtgemerkung gebräuten Biers.“

Abatz 3: „Welche Gebiete der beiden Ortsteile als mit der Altstadt zusammenhängend bebaut zu betrachten sind, wird durch Beschluß des Stadtrats Karlsruhe mit Zustimmung des Bürgerausschusses und mit Staatsgenehmigung festgestellt.“

Abatz 4 und 5 soll gestrichen werden.

Stadto. Dr. Schneider spricht sich für Annahme der Vorlage aus. Ebenso Stadto. Marxhoff.

Stadto. Wörner (Soz.)

erklärt namens der sozialdem. Fraktion die Zustimmung zu der Vorlage, ohne aber dadurch die prinzipielle Stellungnahme seiner Partei gegenüber der indirekten Konsumbesteuerung ändern zu wollen. Bedner wünscht noch, daß die Polizeistundenbeschränkung in den Vororten in Wegfall kommen und die Vorortbewohner mit den Stadtbewohnern gleichgestellt werden.

Der Oberbürgermeister bemerkt, daß es der Wille der Staatsbehörde sei, welcher diese Ungleichheit geschaffen hat. Die Politik sei eben in diesem Falle maßgebend. Der Stadtrat will aber sein möglichstes tun.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Errichtung eines Kinderheims.

Es wird beantragt, daß der erforderliche Aufwand zur Errichtung im Gesamtbetrag von 250 000 M. in Höhe von rund 130 000 M. aus dem verfügbaren, zu diesem Zwecke gestifteten Fonds und der Rest mit rund 120 000 M. aus Anlehensmitteln bestritten wird.

Auf die Dauer hätte sich die Art der bisherigen Unterbringung der Kinder im Armenpfundnerhaus als ungeeignet und unzureichend erwiesen, jedoch man die Errichtung einer besonderen Kinderabteilung in dem Erweiterungsbau beschloß. Der damalige Neubau (im Jahre 1904) war für etwa 40 Kinder vorgesehen. Aber schon wenige Jahre nach seiner Fertigstellung erwies es sich, gegenüber der ständig zunehmenden Zahl der aufzunehmenden Kinder, als unzulänglich. Die Jahresdurchschnittszahl der darin untergebrachten Kinder stieg von 30 im Jahre 1905 auf 60 im Jahre 1908 und schwankt seither ständig zwischen 50 und 70. Für eine so große Anzahl von Kindern ist die jetzige Anzahl nicht geeignet. Ein großer Mangel bestand darin, daß die verfügbaren Räume eine richtige und planmäßige Beschäftigung der Kleinen wie der größeren Kinder innerhalb der Anstalt kaum ermöglichen. Dabei müßte damit gerechnet werden, daß wenn die Anstalt auch nur zur vorübergehenden Unterbringung der Kinder bestimmt war, einzelne Kinder doch immerhin für einen so langen Zeitraum darin verbleiben, daß sich der Versuch einer erzieherischen Beeinflussung in dieser Zeit unter allen Umständen lohnt. Bei dieser Sachlage ist es nicht zu verwundern, daß sich schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit seit Errichtung einer besonderen Kinderabteilung des städtischen Armenpfundnerhauses die Forderung nach einem Neubau für ein eigenes städtisches Kinderheim erhob.

Das Gelände zu dem erforderlichen Neubau wurde im Jahre 1899 vom großh. Domänenrat zum Preis von 8 M. pro Quadratmeter erworben und stellt zurzeit einen Wert von ca. 18 M. pro Quadratmeter dar. Als Programm für die Ausarbeitung des Projekts wurde die Forderung aufgestellt, daß der Neubau Raum gewähren solle für die gleichzeitige Unterbringung von mindestens 120 Kindern, darunter etwa für 30 Kinder im Säuglingsalter, 40 Kinder im Alter von 1 bis 4 Jahren und 50 Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren. Bei voller Besetzung können in dem projektierten Teilbau untergebracht werden: 36 Säuglinge, 40 Kinder im Alter von 1 bis 4 Jahren, 34 Knaben im Alter von 5 bis 14 Jahren, 36 Mädchen im gleichen Alter, zusammen 146 Kinder.

Das Kinderhaus wird Ecke Weifen- und Schelstraße errichtet werden.

Stadto. Brandel (Soz.) konstatiert mit Genehmigung, daß das Projekt, dessen Ausführung so dringend nötig sei, nun greifbare Gestalt annimmt. Er möge den Stadtrat bitten, wenn es möglich wäre, im Interesse der Bewohner der gegenüberliegenden Häuser, den Neubau um einige Meter von der Straßenfront zurückzuziehen.

Diesem Wunsche schließt sich der Stadto. Freilhaus an, welcher noch für besseren Feuerchutz plädiert.

Stadto. Müller: Die Zentrumsfraktion stimme der Vorlage zu. Der Stadtrat solle nach wie vor dahingehend wirken, daß bei dauernder Erziehungsübernahme die Familienerziehung dazugezogen wird. Er wünsche schärferes strafendes Vorgehen bei Entziehung der Unterhaltspflicht.

Es sprechen noch die Stadto. Herrmann, Neumeister, Stählin und W. Müller. Letzterer wünscht die Verlegung der Küchen in ein Obergeschloß, Schaffung von Hausgärten und bessere Beleuchtung der Bienenstraße.

Stadto. Raibang empfiehlt äußerste Vorsicht bei Bestrafung von Eltern wegen Unterhaltspflichtverletzung. Wenn nicht ganz kraße Fälle vorliegen, sei Strafe nicht am Platze.

Bürgermeister Dr. Sorstmann sagt Prüfung des Wunsches nach Zurückverlegung des Hauses zu.

Die Vorlage findet einstimmige Annahme.

Es wird beantragt, die Kriegstraße zwischen Sommer- und Mosfardswierzer Straße mit Granitpflaster, die Wielandstraße mit Basaltsteinpflaster zu versehen und dafür in den Wirtschaftsjahren 1912 und 1913 Anlehensmittel im Betrage von zusammen 64 200 M. auszugeben, und die aufgewendeten Summen innerhalb 30 bezw. 26 Jahren zu amortisieren.

Die Vorlage findet einstimmige Annahme.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft den Verkauf von Gelände.

An den Schmiedemeister Friedrich Gauss und Joseph Gauss in Karlsruhe-Beiertheim und den Verwalter Jakob Höfel Eheleuten in Wiesbaden.

Die Stadtgemeinde verkauft die Grundstücke nach Abschreibung der Trennwände im Flächeninhalt von 46 Quadratmeter und im Flächeninhalt von 478 Quadratmetern an Friedrich Gauss, Schmied, und Joseph Gauss, Schmied, zu latentfreiem Eigentum. Der Kaufpreis beträgt insgesamt 15 588 M.

Mit Annahme der Vorlage war die Tagesordnung um 1/8 Uhr erschöpft.

Die Verwaltungsratswahl zur Karl Friedrichstiftung verlief wieder ergebnislos, weil die sozialdem. Fraktion sich nicht daran beteiligte. Genosse Marx erklärte im Auftrage der sozialdem. Fraktion, daß sich dieselbe so lange der Zustimmung enthalte, bis man ihr, als zweitstärkste Fraktion, die gebührende Vertretung im Verwaltungsrat einräumt.

Sozialdemokratischer Verein.

Die Versammlung gestern abend im „Auerhahn“ hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Den Bericht über dieselbe müssen wir wegen Raummangel auf morgen zurückstellen.

Wittteilungen aus der Stadtratssitzung

Beleuchtungsbesetzung. Frau Chr. Ergleben, Witwe des am 11. d. M. verstorbenen Privatmannes und langjährigen verdienstvollen Mitglieds des Armenrats, Herrn Wilhelm Ergleben, dankt für die Teilnahme, die ihr der Stadtrat beim Ableben ihres Gemahls durch Widmung eines Trauerkränzes und Widmung einer Wohnung zur Beisetzung erwies hat.

Dank. Herr Geh. Rat Dr. E. Wagner, Direktor der Sammlungen für Altertums- und Völkereunde, Mitglied der städtischen Archivkommission, dankt in einem freundlichen Schreiben für die Glückwünsche und die Blumenpende, die ihm der Oberbürgermeister namens des Stadtrats zu seinem 80. Geburtstag übermittelt hat.

Friedhof. Nachdem das erste, ganz für Kobalteneinsetzung eingeteilte Feld im neuen Teil des Friedhofs nahezu besetzt ist, wird auf Antrag der städtischen Gartendirektion beschlossen, die Wasserleitung nach diesem Teil des Friedhofs zu führen und dieselbe zunächst einen provisorischen Ausbau anzubringen, damit das Wasser zum Begießen der Grasflächen und sonstigen Anpflanzungen zur Verfügung steht, und im Entwurf des nächstjährigen Gemeindevoranschlags die Mittel für die Errichtung eines architektonischen Brunnens in der Mitte des friedlichen Platzes vorzusehen.

Öffentliche Beleuchtung im Stadtteil Ruppurt. Auf Antrag der Direktion der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte wird genehmigt, daß in der Gartenstadt bei Ruppurt 10 Laternen und an den Einmündungen der Schenleudorf-, der Löwen- und der Lebrichstraße in die Arndstraße je eine Laterne installiert und in Betrieb genommen werden.

Abbruch städtischer Gebäude. Die Verbrauchssteuererhebershäuser Müllerstraße 33 und Weierheimer Allee 3 werden an Maurermeister Leopold Mößinger hier auf Abbruch verkauft.

Städtisches Krankenhaus. Das vom Hochbauamt ausgearbeitete Projekt für die Errichtung eines Tieralters beim städt. Krankenhaus zur Unterbringung der Versuchstiere wird gut geheißen. Wegen der Bewilligung der erforderlichen Anlehensmittel soll Vorlage an den Bürgerausschuß gemacht werden.

Verkaufstade. Die Stelle eines Aufsehers der städtischen Brodenanstellung wird dem Schreiner Otto Hering beim Straßenaushau gemacht.

Seefeldmarkt. Der städtische Seefeldmarkt wird der wärmeren Jahreszeit wegen für die Zeit vom 3. Mai bis zum 16. Oktober d. J. geschlossen.

Zinsfuß für Hypothekendarlehen. Im Hinblick auf die derzeitige Lage des Geldmarktes wird, dem Vorgehen der städt. Sparkasse und anderer Geldinstitute folgend, beschlossen, den Zinsfuß für die aus den vereinigten Stiftungen usw. gewährten Hypothekendarlehen mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 von 4 Proz. auf 4 1/2 Proz. zu erhöhen und die betreffenden Darlehensschuldner hier von dem Kenntnis zu setzen.

Die Freisongere im Stadtpark, die im vorigen Jahre an Sonn- und Feiertagen etwa alle 14 Tage von der Feuerwehrkapelle und der städtischen Schülerkapelle ausgeführt worden sind und nach einem Beschluß des Stadtrats auch dieses Jahr wieder veranstaltet werden sollen, nach dem letzten Sonntag ihren Anfang. Sie finden wieder auf die Zeit von vormittags 12 bis mittags 1/2 Uhr festgelegt und werden nur bei günstigen Wetter abgehalten. Gestern spielte die Feuerwehrkapelle. Weiter sind Konzerte vorgesehen für 5., 12., 19. Mai (Sonntage), 27. Mai (Pflanzmontag), 2., 16., 30. Juni (Sonnstage), 9. Juli (Großherzogsg. Geburtstag), 14., 28. Juli (Sonnstage), 1., 25. August (Sonnstage), 8., 15. September (Sonnstage).

Verkehrsverein Karlsruhe. Es wird manchem noch in guter Erinnerung sein, daß vor nicht allzulanger Zeit es für „unannehm.“ galt, wenn der Kaufmann den Waren in seinen Schaufenstern den Preis beifügte. Während man diese kurzfristige „Vornehmheit“ nur noch in ganz kleinen, die Zeit verblühenden Schädeln findet, hat die lebendige, ringende, laute Stadt rücksichtslosen Erwerbs wohl wenig Böden mehr aufzuweisen, dessen Schaufenster nicht die Preise

mit den Waren anzeigen. Wenn heutzutage eine Stadt nicht anknüpft, was sie hat und welche Vorteile sie bietet, welche Schönheiten sie aufweist, welchen Nutzen sie verspricht, welchen geistigen und materiellen Gewinn sie vermitteln kann, wird sie nirgends bekannt, nirgends genannt, von Niemand beachtet und nicht weiter empföhlen. Wie alles Streben und Erwerben heutzutage einen industrialisierenden Charakter mit seinem unheimlichen lauten und öffentlichen Sclatungslärm angenommen hat, so ist auch die Stadt an sich in einem ganz bestimmten, von der Neuzeit geborenen geschäftsmäßigen, geschäftsfähigen und erfolgreichenden Reflektoren vertreten: Es ist der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs.

Nichts ist leichter, als überlegen spöttisch über einen Fremdenverkehrsverein loszuwerden. Einmal zugehen: Man mag von rein äußerem Standpunkte aus es belagen und ablehnen, daß eine Stadt sich durch Reflektoren selbst anpreist. Aber aufhalten läßt sich der Zug der Zeit nicht. So haben sich denn sozusagen aus Naturnotwendigkeit und aus Selbsterhaltungstrieb schon längst allerorten Fremdenverkehrsvereine aufgelöst. Wo diese nicht sind, nicht wirken oder mangels Mittel nicht wirken können, geht die Welle des Auswanderens und der Strom des Reiserverkehrs erbarmungslos darüber weg. Ganze Länder, wie die Schweiz und Tirol, haben ihren beispiellosen Aufschwung nicht der Schönheit des Landes allein, sondern der intensiven und geschäftsmäßigen Propaganda zu danken. Denn, wenn die Schönheit nicht bekannt gemacht worden wäre, hätte sie die Masse, die das Geheimnis alles geschäftlichen Erfolges ausmacht, nicht gefunden. Nicht nur, daß Vereine zur Hebung des Fremdenverkehrs bestehen, man hat auch besondere Zeitschriften gegründet und besondere Ausstellungen veranstaltet. So im vorigen Jahre zu Berlin, in diesem Jahre eine Landesausstellung für Meise- und Fremdenverkehr in Stuttgart.

Der Karlsruher Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs hat jüngst seine Hauptversammlung abgehalten und dabei seine Arbeitsleistungen im verflochtenen Geschäftsjahre in der Öffentlichkeit dargelegt. Zwischen den Zeiten des Berichtes, den auch diese Zeitung ihren Lesern zur Kenntnis gab, war zu lesen, daß noch nicht alle Wüstenräume in Erfüllung gehen konnten. Aus einem unpoetischen Grunde. Es ist klar, ohne Mittel kein durchgreifendes, vor allem kein nachhaltiges Erfolg. So will denn der Fremdenverkehrsverein hiermit mit allem Nachdruck um neue Mitglieder werben. Wir bitten also um Zutritt und Unterstützung und um Beachtung des Auftrages im Interesenteil dieses Blattes. Es ist nicht der Egoismus des Vereins als solchem und nicht der Vorteil einer bestimmten Interessengruppe: Es ist Jedermanns Angelegenheit. Zur Aufrechterhaltung von Werbematerial, zum Vertrieb, zu Ankündigungen aller Art in Wort und Bild (wie sie sich der Verein ja heute schon mit recht gutem Erfolg angeschlossen sein läßt), zur umfassenden großzügigen Propaganda ist also ein allgemeiner Beitritt zum Karlsruher Fremdenverkehrsverein ein Ziel, von jedem Karlsruher „aufs innigste zu wünschen.“

Jugendauschuß. Wir laden die Leser und Lesefrauen, sowie Freunde unserer Sache zu der heute abend 8 Uhr im Lokal „Wald am Rhein“ stattfindende W o r l e s u n g von Herrn Stadtrat Dr. Diez freundlichst ein und erjuchen um zahlreichen Besuch.

Arbeiterfisk. Gestern mittag kurz vor 12 Uhr ereignete sich an einem Neubau der Bäckerei, beschäftigt Arbeiter dadurch einen Unfall, daß ein Säbel vom Gerüst herunterfiel und ihn am rechten Arm daran verletzte, daß er in das städtische Krankenhaus überführt werden mußte.

In einer Maschinenfabrik in Mühlsdorf ist gestern nachmittag ein Schloßerlehnung aus Beiertheim dadurch verunglückt, daß er aus Unvorsichtigkeit in ein Kammrad griff und dadurch einen komplizierten Armbruch und eine vollständige Quetschung der rechten Hand davontrug. Der Verletzte ist in das städtische Krankenhaus verbracht worden.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Freidenkerbund. In zwei öffentlichen Vorträgen spricht am kommenden Samstag, 27. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Krone“ zu Rintheim sowie am Sonntag, 28. April, nachmittags 3 Uhr, im „Badischen Hof“ zu Grünwinkler auf Veranlassung des Deutschen Freidenkerbundes Herr Stadtrat Dr. O. Rapp aus Baden-Baden über „Der proletarische R a n i s m u s“. Karten zu dieser, speziell nur für Arbeiter arrangierten Vorträge zu je 15 Pfg. im Vorverkauf in der „Krone“ zu Rintheim, sowie im „Engel“ zu Grünwinkler und durch die Vertrauensleute des D. Fr.-V. in beiden Städtteilen.

Heimatliche Kunstpflege. In der „Heimatlichen Kunstpflege“ wird Herr Professor Dr. A. Dreiss am Montag, den 29. April, abends 1/2 Uhr, sprechen über „Der Nitrismus im Licht der Astralmorphologie mit besonderer Berücksichtigung der beiden in der großh. Altertumssammlung zu Karlsruhe befindlichen Nitrismone“. Der Vortrag wird durch Lichtbilder illustriert werden. Er findet im Künstleraal des „Arofol“ statt. Da die Ausführungen des Redners von großer Bedeutung für ein Studium religiöser und künstlerischer Geschichte unserer Heimat sind, hat sich die Vereinsleitung entschlossen, den Vortrag der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Es findet jedermann freien Zutritt. Für die Mitglieder der Vereingung sind Plätze (bis zum Beginn des Vortrags) vorbehalten.

Die Katastrophe der Titanic.

Newport, 23. April. Pittmann bezeugte noch, er habe eine Stunde vor Untergang der „Titanic“ die Lichter eines anderen Schiffes gesehen. Tränenden Auges berichtete er über die schrecklichen Szenen, die sich abspielten, als das Rettungsschiff, dessen Kommando er hatte, vom Schiffe abgestoßen war. Er hörte mardurchbringende Hilferufe Untergehender und beschloß daraufhin, zurückzudrehen, da das Boot nicht voll besetzt war, doch widerstehen sie seine Ratschläge, daß er das Rettungsschiff aufgeben mußte. Das Jammern und Weinen währte eine ganze Stunde lang, aber selbst die Frauen im Boot schienen gegen die Hilfeleistung und die Männer erklärten andauernd, ein solches Vorgehen würde sie dem sicheren Tode ausliefern.

Washington, 24. April. Der dritte Offizier des „Titanic“, Pittmann, sagte vor der Untersuchungskommission des Senats aus, er habe vor dem Eintritt des Unglücks keine Eisberge gesehen, aber gemerkt, daß Samstags und Sonntags durch Funkentelegramm Eisberge gemeldet worden waren. Die Meldungen seien nicht ernst genommen worden. Der „Titanic“ sei auf der ganzen Reise mit der größten Geschwindigkeit gefahren. Nach dem Zusammenstoß sei er, Pittmann, dem Direktor Jaham begegnet, der ihm geheißen habe, die Frauen und Kinder in den Booten unterzubringen. Pittmann gibt zu, den „Titanic“ in einem Boot verlassen zu haben, daß 40 Insassen hatte, während es 60 aufnehmen konnte. Der Seemann Fleet, der sich im Mastkorb auf dem Ausguck befand, erklärte, er habe den Auftrag gehabt, nach Eis aufzusuchen und nach 10 Uhr Eis gemeldet. Er hätte die Eisberge mit einem Marinerglas seitig genau bemerken können, um auszuweichen. Es sei aber kein Glas für ihn an Bord gewesen. Der vierte Offizier des „Titanic“ erklärte, daß sich ein noch nicht festgestelltes Fahrzeug in Sichtweite vor dem „Titanic“ befunden habe. Man habe aber von diesem Schiffe keine Antwort erhalten können.

der T... über sein... Interie... Sicher... Berli... tigen Mi... behörden... genossen... über die... den deut... die Frage... graphie u... beraten u... Ber l... gestern im... abend, die... Parteien... erschiene... traten an... Anzahl er... und viele... und Vert... abend end... Dre s... den Schuh... Jahren Ch... zu sein, sic... Brüssel... Gesentw... Kammer u... wird. I... Wien... hat, daß di... benden St... benden Sti... Schriftlich... Southa... liegt auf d... Fahrt nach... Geizer als... Gelfing... der russisch... den Lotter... fahren, wei... zu dienen... zu Gölse... Ercadore... Polsham... loertsgef... Rubnshilf... Ruigstell... Shanghai b... laufen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Rom, 24. April. Der Abgeordnete Krijaki, Vertreter der Insel Samos, erklärte einem Vertreter des Giornale d'Italia, daß das Parlament von Samos Italien gegenüber seinen Dank ausgesprochen habe, daß es die Insel von der türkischen Tyrannei befreit und die Kabel zerstört habe. Die Bevölkerung sei bereit, Italien bei seinen Unternehmungen gegen die Türkei zur Hand zu gehen.

Letzte Nachrichten.

Sicherheitsmaßnahmen für die Schifffahrt.

Berlin, 24. April. Im Reichsamt beginnen am heutigen Mittwoch die Verhandlungen zwischen den Staatsbehörden, den Groß-Needereinen und der See-Versicherungsgesellschaft, um aus Anlaß der „Titanic“-Katastrophe über die Ausgestaltung der Sicherheits-Maßnahmen auf den deutschen Seeschiffen zu beraten. In erster Linie wird die Frage der wasserdichten Schotten, der drahtlosen Telegraphie und die Verneuerung der Zahl der Rettungsboote beraten werden.

Bierabend im Reichstag.

Berlin, 24. April. Der Präsident des Reichstages gab gestern in der Wandelhalle des Reichstages einen Bierabend, der höchst glänzend verlief. Die Mitglieder aller Parteien waren eingeladen und alle Parteien waren auch erschienen. Zum erstenmale nahmen auch die Sozialdemokraten an einem solchen Abend teil. Sie waren in großer Anzahl erschienen. Fast alle Minister und Staatssekretäre und viele Bundestags-Mitglieder hatten sich eingefunden und Vertreter der Presse gesellten sich ihnen zu. Der Bierabend endete erst lange nach Mitternacht.

Wahlvergehen.

Dresden, 24. April. Das hiesige Landgericht hat den Schuhmacher Falz zu 5 Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er ohne wahlberechtigtes zu sein, sich an der Reichstagswahl beteiligt hat.

Aus der belgischen Kammer.

Brüssel, 24. April. Die Kammer nahm heute einen Gesetzentwurf an, durch den die Zahl der Sitze in der Kammer um 20 und die der Sitze im Senat um 10 erhöht wird.

Die Wiener Gemeindevahlen.

Wien, 24. April. Die gesamte freisinnige Presse konstatiert mit Genugtuung, daß der geistige Wahltag gezeitigt hat, daß die Macht der Christlich-Sozialen in Wien gebrochen ist und daß man bei den am Donnerstag stattfindenden Stichwahlen auf eine weitere große Niederlage der Christlich-Sozialen mit Sicherheit rechnen kann.

Ausland der Seelente.

Southampton, 24. April. Der Dampfer „Olympic“ liegt auf der Reede von Cowes vor Anker und kann die Fahrt nach Newyork erst fortsetzen, wenn sich über 200 Seizer als Ersatz für die Streikenden gefunden haben.

Helsingfors, 24. April. Als heute die erste Abtheilung der russischen Postenverwaltung einen Dampfer der finnischen Postenverwaltung bestieg, um nach Svedborg zu fahren, weigerte sich die Mannschaft des Dampfers, weiter zu dienen und verließ sofort den Dampfer, der darauf mit Hilfe von Angestellten der Postenverwaltung nach Svedborg abging.

Yokohama, 24. April. Die Seelente der drei Schiffahrtsgesellschaften „Nippon Yusen Kaisha“, „Tokai Kaisha“ und „Nippon Yusen Kaisha“ haben die Arbeit eingestellt. Die für Europa, Seattle, Valparaiso und Shanghai bestimmten Dampfer können daher nicht auslaufen.

Wasserstand des Rheins.

25. April.

Schusterinsel 1.40 m, gef. 1 cm, Kehl 2.21 m, gef. 3 cm
 Magau 3.64 m, gef. 4 cm, Mannheim 2.80 m, gef. 4 cm.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Nr. 100 B. O. Die Antwort kann Ihnen vom Amtsgericht unter Umständen verweigert werden.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Guggenau. Ihre Postkarte kam erst mit der 11 Uhr-Post hier an, es war also nicht möglich, die Mitteilung in den Vereins-Anzeiger noch zu bringen.

Nr. 100. Wir erhielten nur einen Artikel ohne Unterschrift betr. Kartellversammlung. Wir werden ihn dieser Tage veröffentlichen, da wir, weil anonym, erst die Richtigkeit

Die Lieferung von Müllabfuhr-Kippwagen

Die Lieferung dreier Müllabfuhr-Kippwagen soll vergeben werden.

Angebote sind schriftlich und verschlossen bis längstens Freitag, den 3. Mai 1912, vormittags 10 Uhr, beim Tiefbauamt, Rathaus Zimmer 134, postfrei einzureichen, wofür die Bedingungen und Angebotsvorbrude abgegeben werden.

Die Eröffnung der Angebote findet zu dem genannten Termin ebenfalls in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter statt.

Karlsruhe, den 19. April 1912.
 Städt. Tiefbauamt.

Ein Piano

für 65 Mark zu verkaufen.
 7434 Marktgrafenstr. 20, II.

Diwan.

Unzugänglich werden neue, eleg. Wäsch- u. Taschen-Diwans von 36 und 40 M. an, hoch abgepackt, moderne Sitz- u. Lehne-ware v. 50 und 55 M. an verkauft. Keine Fabrikware, nur selbstangefertigte pr. Ware unt. Garantie R. Köhler, Tapezier, Schützenstr. 53, 2. St. 7442

Ein Diwan 25 M., Schaffel-Longue 15 M., vollst. Bett 25 M., Schreibisch 20 M., Vertiko 25 M., Schreibkommode 20 M., Nachtschisch mit Marmorplatte 8 M., Küchenschrank 12 M., Herd 8 M., Tisch 8 M., mehrere Stühle 1.50 M., sind wegen Platzmangel zu verkaufen.
 7434 Marktgrafenstr. 20, II.

Jüngeres Fräulein welches schon als Verkäuferin tätig war, sucht ähnliche Stelle. Zu erfragen Luffenstr. 46, Stb. 3. St.

Benzin-Motor 3/4 Ps., H. Triebventilator 2-10 Volt sp., Pelton turbine 1/2 Ps., sowie ff. Dynamomaschine ist billig zu verl. Kronenstr. 17a 5. St. r.

Sportwagen, gut erh., ist preiswert zu verl. Morgenstr. 35, 2. St. r.

der Behauptungen nachprüfen lassen mußten. Den Konsumvereinsartikel erhielten wir nicht.

Vereinsanzeiger.

Beiertheim. (Arbeiter-Gefangverein Freiheit.) Die Mitglieder treffen sich am Samstag Abend halb 9 Uhr bei Mitglied Weber (Abler) zur geselligen Unterhaltung. 7440
 Durlach. (Arbeiter-Radfahrer-Verein, Sektion Vorwärts.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Freitag, 26. April, abends halb 9 Uhr im „Löwenbräu“ unsere Vierteljahresversammlung stattfindet. Ferner findet am Sonntag die Bezirksausfahrt statt. Zusammenkunft im „Lamm“. Abfahrt nach Karlsruhe zum Sammelplatz (Schrempfcher Bierkeller) punkt 12 Uhr. Es wird dringend gebeten, sich an beiden Veranstaltungen recht zahlreich zu beteiligen. 7439
 Guggenau. (Arbeiter-Gefangverein „Freiheit“.) Wir machen darauf aufmerksam, daß am Samstag, 27. April, abends 9 Uhr, in der „Post“ Vierteljahres-Versammlung stattfindet.

Wer bisher Coffein fürchtete,

wem Kaffee Beschwerden verursachte und wer vollwertigen aber unbedingt bekömmlichen Kaffee genießen will, der trinke

Pfannkuch's Glutluft-Kaffee

veredelt

nach Thums Verfahren, in welchem das Coffein lediglich in angenehm anregender Wirkung, ähnlich wie bei Kakao und Tee zur Geltung kommt. Das Thumsche Verfahren bedeutet, wie von

Autoritäten anerkannt wird, einen

grossen hygienischen Fortschritt

Unsere nach Thums Verfahren veredelten Glutluft-Kaffees zeichnen sich aus durch:

vollendet seinen Geschmack, voll anregenden Genuss, auffallend gute Bekömmlichkeit, höchsten Grad von Appetitlichkeit und sind ohne energische Nebenwirkung.

Wir empfehlen unsere anerkannt guten Qualitäten zu den bisherigen Preisen ohne Aufschlag trotz der erheblichen Mehrspesen durch das neue Verfahren.

Per 1/2 Pfund-Paket
75, 80 und 90 Pfg.

Vorzügl. Qualitätskaffee per 1/2 Pfd. Paket **1.00**

Pfannkuch & Co.

über 60 eigene Verkaufsstellen in Baden und Württemberg. 7428

Versandabteilung Karlsruhe-Rheinhafen
 Telephon Nr. 863.

Bitte verlangen Sie in unseren Verkaufsstellen die Broschüre: „Die Veredelung von Kaffee“.

In meinem

Total-Ausverkauf

kommen von heute an bis inkl. 31. ds. Mts.

Blusen jeder Art
 ganz besonders billig zum Verkauf.

Beachten Sie bitte meine Auslagen!

Frau O. Rumpf, Kaiserstr. 79.

5-10 M. u. mehr im Hause täglich zu verdienen. Prospekt gratis. R. Stürichs, Hansstr. 25, Hiltgerweide 10.

Ein Kind wird auf Land in Pflanz gegeben. Näheres bei Frau Schäfer, Schützenstraße 92.

Bulach, Hauptstr. 147, ist ein gut möbl. Zimmer an einen soliden Herrn sof. zu verm.

Vollständ. Angelgerät billig zu verkaufen. Dardstr. 4 c. 5. St. links.

Gartenstr. 10, 5. St. I ist ein möbl. Zimmer an solch. Arbeiter billig zu verm. 7427

Gelegenheitskauf Tricotagen

Einsatzhemden - Herren-Unterhosen - Herren-Macco-Jacken
Damen-Unterjacken - Kinder-Macco-Jacken

∴ Auf dieses grosse, äusserst vorteilhafte Extra-Angebot mache ich nochmals ganz besonders aufmerksam ∴
Beachten Sie mein Schaufenster Kaiserstrasse.

Hugo Landauer

Karlsruhe, Kaiserstrasse 145.

7432

Gesang-Verein Cassalia Karlsruhe.



Sonntag den 28. April
im Lokale „Auerhahn“,
Schützenstrasse 58

Großes Gesellschaftskegeln

Das Kegeln beginnt um 11 Uhr vorm.
bis 11 Uhr abends.

Montag Abend 6 Uhr Fortsetzung
bis 10 Uhr.

7436

Der Vorstand.

Soz. Partei u. Vereinigte Gewerk- schaften Durlach.

Mittwoch den 1. Mai 1912, abends
8 Uhr, in der „Festhalle“

Mai-Feier.

Programm: Prolog, gesprochen von Gen.
Schucker; Musikvorträge des Musikvereins
Lhra; Festrede des Landtagsabg. Kräuter-
Freiburg; Massengesang; Gesangs-Vorträge;
Politisch-satirische Vorträge (Fröhlich-Stauch).

Hierauf: **Tanz.**

Programme à 10 Pfg. berechtigen zum
Eintritt und sind bei den Parteiwirten und den
bekanntesten Parteigenossen erhältlich. Kinder frei.
Eiederbüchlein à 5 Pfg. für die Massen-
gesänge an der Kasse.

Zu dieser Feier laden wir alle Partei-
und Gewerkschaftsmitglieder nebst Familienange-
hörigen freundlichst ein. 7437

Die Kommission.

Die Feiernden treffen sich nachm.
2 Uhr im „Schwanen“ zum gemein-
samen Ausflug.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch Auf“

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität.
Samstag, den 4. Mai, findet im Lokal
Schrempf'scher Bierkeller unsere halbjährige

General-Versammlung

statt. Hierzu laden wir unsere Mitglieder höflichst ein, zahlreich
zu erscheinen.

Anträge sind bis längstens 1. Mai an den Vorstand ein-
zureichen. 7438

Der Ausschuss.

Bekanntmachung.

Zur Herstellung, Erweiterung oder Abänderung von Instal-
lationen zum Anschluß an das städtische Elektrizitätswerk sind
ausschließlich folgende Firmen berechtigt:

a) für elektrische Beleuchtungs- und Kraft-
anlage:

- | | | |
|--|---------------------|-------|
| 1. Allgemeine Elektrizitäts- Gesellschaft Berlin, In- genieur-Bureau Karlsruhe, Kaiser- strasse 150 | Telephonruf Nr. 23. | 1544. |
| 2. Beyer, Alexander, Waldstrasse 77 | „ | 1631. |
| 3. Bitterer, Adolf, Mademiestr. 23 | „ | 520. |
| 4. Grund & Dehmichen, Wald- strasse 26 | „ | 3207. |
| 5. Häffner & Stilling, Sub- wig Wilhelmstrasse 11 | „ | 2877. |
| 6. Haig, Valentin, Eisenbahnstr. 18 | „ | 3040. |
| 7. Hauke, Georg, techn. Bureau für Elektrotechnik und Maschinenbau, Hübischstrasse 18 | „ | 1828. |
| 8. Lipp, Wilhelm, Lessingstrasse 47 | „ | 241. |
| 9. Maier, Gottfried, Körnerstr. 55 | „ | 2661. |
| 10. Maier, Friedrich, Gartenstr. 8 | „ | 444. |
| 11. Maschinenfabrik Ehlingen, elektrotechnisches Bureau, Karlsruhe, Friedrichsplatz 11 | „ | 3028. |
| 12. Rahrhagen, Carl, Kaiserstr. 225 | „ | 180. |
| 13. Rhein-Siemens-Schneider- werke, G. m. b. H., technisches Bureau, Belfortstrasse 3 | „ | 1898. |
| 14. Schleich, Wilhelm, Erbsingen- strasse 8 | „ | 8002. |
| 15. Stöck & Co., Mannheim, In- genieur-Bureau, Karlsruhe, Gut- strasse 8 | „ | 2725. |
| 16. Verjowski, Wilhelm, Kurvenstr. 21 | „ | 848. |
| 17. Weiß, Hermann, Kaiser-Allee 137 | „ | |

b) für elektrische Signalanlagen:

- Krautinger, J. B., Hof-
mechaniker und Optiker, Kaiser-
strasse 1
- Süddeutsche Telephon- und
Telegraphenwerke, Zweig-
bureau Karlsruhe, Inhaber Ernst
Goebeler, Westendstrasse 20

Auskünfte in technischen Angelegenheiten, zu welchen auch
das Anbringen und Wiederentfernen von Elektrizitätszählern ge-
hört, erteilt das städtische elektrotechnische Amt Kaiser-Allee
Nr. 11 (Verwaltungsgebäude II).

Karlsruhe, den 25. April 1912.

Direktion der städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Bereinsbank Karlsruhe

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Die abgerechneten Einlagebücher sowie die
noch nicht erhobenen Dividenden auf die vollen
Geschäftsanteile können an unserer Kuponkasse
in Empfang genommen werden. 7439

Der Vorstand.

Tüchtiger Schneider

auf Großstück, findet Jahresstelle.

Ferd. Kiefer, Baden-Baden.

7393

Kofferhaus Geschwister Lämmle 51 Kronenstr. 51



Rucksäcke

für Kinder u. Erwachsene
in jeder Preislage. 7421

Eier-Diebe-

sien, zum einfassen sowie zum
erzelenten Gebrauch liefert jedes
Quantum zu Tagespreisen. 7398

Nikolaus Reichert,

Telephon 2153 Schützenstr. 60.

Herrenkleiderstoff- Kiste

in nur ausgezeichn. Qualitäten,
neueste Dessin, darunter befinden
sich auch echt englische Fabri-
kate, werden

enorm billig
abgegeben.

Kaiserstr. 133

1 Treppe hoch
Eing. Kreuzstr., bei d. N. Kirche.

Hauptvertreter

für Fahrrad und das Bieder-
tal sucht erste deutsche Ver-
sicherungs-Gesellschaft, welche alle
Bränden führt. Versicherungs-
bestand bereits vorhanden.
Herren, welche über genügend
freie Zeit verfügen und in der
dortigen Gegend gut eingeführt
sind, wollen Offerte einreichen.
Nach Uebereinkommen werden
neben hohen Entlohnungen
Schuldsprovisionen event. noch
monatliches Stipendium gewährt.
Offerten erbeten unter 7438
an die Exped. d. Bl.

Möbel

kauft man in großer Anzahl
äußerst vorteilhaft bei

Jos. Kirmann

Herrenstr. 40.

Zu verkaufen:

ein Sopha mit 6 Lauten und
ein Chaiselongue. 7386

Karlsruhe 30, 1. Etg.

Berkaufe

fortwährend an-
erhält. Herren-
und Frauen-Kleider, gut ge-
machte Schuhe, Strümpfe in
gener Schuhmacher-Werkstatt.

Fran Streckfuß

Durlacher-
strasse 21.

Apfelmoß,

nur prima,
billig zu ver-
kaufen. Zu erfragen Scher-
strasse 14. 2. Et. 1.